

teuerfrei, wenn sie
ern diese Voraus-
die Lustbarkeit von
Heranziehung zur
Bestimmung in den
des vom 14. Juli
Bestimmungen dieser
Marf.
der Stadt Herford
Lustbarkeiten be-
am 1. April 1909
rm. Müller
ann.
77 des Kommunal-
schusses.
gemäß § 77 des
93 und des Mini-
b 1167 — §. M.
Zustimmung erteilt,
stümlich gehörenden
und sonstigen Ge-
alen.
öffentlichen Kennt-
ung.
proben hatte folgendes
Bemerkungen
Die Misch
entspricht den
Anforderungen.
sifisches Gewicht, 2,7%
verwaltung.
meister. Dr. Hef.
muss eine leicht ver-
Körper außerdem recht
g ist „Kufete“ zu
durch seinen Gehalt an
darstellt. [3280
Km.
3287
ke.
t aber auch ergeben,
die „Dürkopp“-Räder
niedrigsten Gewichte
pp
vorstandes gemacht,
die leichten, stabilen
te, dritte und vierte
te Rad der siegenden
after Stelle.
ergab weiter: Auf
erzielt, als auf den
Publikum und für die
Anpreisungen leichter
der rühmte sich, die
stellung dokumentiert
ebener Weise die tai-
Maschine.
Dürkopp“-Werke hin-
sondern den Fahrern
werden.
Bielefeld.
emann.
Voss, Kaiserstr.

Abonnementpreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 M. vierteljährlich inklusive
Postgebühren.
Einzelnnummer 10 Pfg.
Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.
Fernsprech-Anschluss Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie
für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Insertionspreis
für die einseitige Beilage oder
deren Raum 15 Pfg. Bei Wieder-
holungen entsprechender Rabatt.
Insertions-Annahme
bis 1/2 Uhr vormittags. Größere
Insertate müssen bis 5 Uhr abends
tags zuvor aufgegeben sein.
Druck und Verlag von
Buchdruckerei und Buchhandlung
„Volkswacht“
A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Nr. 137. Bielefeld, Mittwoch, 16. Juni 1909. 20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Die Maisfeier.

Der Artikel des „Vorwärts“, welcher erst am Sonnabend erschienen ist, hat die Überschrift „Die Maisfeier und der Metallarbeiterverband“. Er beginnt mit der Wiedergabe der Resolution und fährt dann fort:

Die Resolution bedeutet nichts Geringeres als eine Warnung vor der Maisfeier. Mit besonderer Betonung wird zwar hervorgehoben, daß der internationale Maisfeierbeschluss zur Arbeitsruhe überall dort aufforderte, „wo es ohne Schädigung der Arbeiterinteressen möglich ist“, doch davon weiß die Metallarbeiter-Resolution, mußten Reichel und Severing nichts zu sagen, daß im internationalen Maisfeierbeschluss jenem einschränkenden Satze der Obergedanke unmittelbar vorausgeht, daß es „sämtlichen proletarischen Organisationen aller Länder zur Pflicht“ gemacht wird, „die Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben“!

Man kann es unmöglich als ein Hinstreben zur Arbeitsruhe am 1. Mai auffassen, wenn die höchste Beschlussinstanz einer Organisation von der materiellen Stärke und dem moralischen Einfluß des Metallarbeiterverbandes den Mitgliedern als Einzelpersonen sowohl die ganze Verantwortung für den Beschluss, am 1. Mai zu feiern oder nicht, als auch die volle Wucht aller sich aus der Arbeitsruhe etwa ergebenden Folgen aufwälzt. Dieser Passus der Resolution schlägt einfach dem großen Organisationsgedanken, der sich in unseren modernen Arbeitervereinigungen verkörpert hat, brutal ins Gesicht: er faßt nicht die Hunderttausende von Einzelwillen unter irgend einem — ermunternden oder ablenkenden — Gedanken vereinigen zusammen, nein: er trennt, er gerätelt, und er negiert infolgedessen das Lebenselement der Gewerkschaften, ihren organisatorischen Grundgedanken.

Seit den Berliner Vorparlamenten von 1906 (M. E. G.) blüht die ganze deutsche, ja die internationale Arbeiterkraft auf den Deutschen Metallarbeiterverband und seine Stellung zur Maisfeier. Die Taktik dieser Organisation bedeutet also mehr als einen nur den Kreis ihrer Mitglieder erschaffenden Richtungsanweisung. Dessen sind sich die beiden Referenten, dessen sind sich die 129 Delegierten, die mit „Ja“ stimmten, bewußt gewesen, und deshalb gerade muß der Hamburger Beschluss als einer der bedauerlichsten bezeichnet werden, denn eine deutsche Arbeiterorganisation jemals gefaßt hat; denn wenn erst einmal an dem Bau herumgebrüht worden ist, den der Pariser Internationale Arbeiterkongress im Jahre 1889 errichtete, an dem Bau, der nimmermehr zwei Dutzenden allen Stürmen schlecht und recht zwar, aber doch immerhin getrotzt hat, dann ist die Gefahr nicht gering, daß andere Gewerkschaften dem Hamburger Beispiele folgen, und daß der Bau, der gedacht war als ein ragendes Monument der Energie, des Idealismus und des Opfermutes des internationalen Proletariats, bald dahinstürzt als verfallenes Denkmal der Vergänglichkeit, des Klein- und Parteilichmutes, wie er zuweilen auch die Herzen der Besten und Tapfersten beschleicht. Gerade der Metallarbeiterverband aber mußte sich hüten, den Reigen der Maisfeiertäger zu eröffnen, damit nicht das Gerüde aufkomme, ihm hätten die Berliner Vorparlamente von 1906 eine Verallgemeinerungs- und Verärgerungstaktik eingegeben.

Die Resolution bietet auch sonst Angriffsflächen in nicht geringer Zahl. So wird z. B. die Unmöglichkeit, völlige Uebereinstimmung innerhalb der Arbeiterkraft über die Zweckmäßigkeit der Arbeitsruhe am 1. Mai zu erreichen, als ein Hindernis für die Arbeitsruhe selber angesehen! Das sieht einem arg mißglückten Verlegenheitsargument verzeihlich ähnlich. Was heißt „völlige“ Uebereinstimmung? — Wollten die Arbeiterorganisationen das unhaltbare Prinzip aufstellen, ihre Taktik nur nach Beschlüssen zu regeln, die unter „völliger“, d. h. restloser, Uebereinstimmung innerhalb der Arbeiterkraft zustande gekommen sind, dann könnten sie schon heute allen weiteren Entwicklungsmöglichkeiten entlagen und der Zukunftshoffnung, dem Zukunftsglauben gute Nacht wünschen. Die wunderbare Entfaltung der modernen Gewerkschaften wäre unmöglich gewesen ohne den grandiosen Ausbau des demokratischen Regimes mit seinen Proporzbestimmungen, Delegiertenstimmen, Urabstimmungen etc. Und da soll plötzlich eine Maßregel nicht getroffen, nicht empfohlen werden können, weil nicht „völlige“ Uebereinstimmung zu erreichen war, das heißt: weil eine Konstellation ausblieb, die „gut wie niemals vorhanden ist!“

Daran wird nichts geändert durch die Tatsache, daß Reichel zeigte, wie mit absteigender Konjunktur die Zahl der Maisfeiern sank und wie die wirtschaftliche Krise vollends den Prozentsatz auf ein Minimum herabdrückte. Diese Argumentation hat ebensoviele Wert, als wenn unbedingte Anhänger der Arbeitsruhe am 1. Mai bei Ausbruch der Konjunktur und Abwürgen der Krise mit den wachsenden Zahlen der Maidemonstrationen operierten und die Möglichkeit unberücksichtigt ließen, daß schlechtere Zeiten wieder den Abstieg der Kurve bringen müßten.

Hätte Reichel die den Arbeitern zugute kommenden Wirkungen der Maisfeier in allgemeinen Ausführungen anerkannt, so spezialisierte Severing sogar, indem er — allerdings nur für die erste Zeit — den demonstrativen Charakter der Arbeitsruhe und ihren Eindruck auf die Unternehmer schilderte und der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß die Anfang der neunziger Jahre erfolgte Verkürzung der Arbeitszeit nicht zuletzt auf die Arbeitsruhe zurückzuführen sei! Und nun derselbe Salto mortale, derselbe Todesprung für die Maisfeier, den Reichel wagte: Durch das fortgesetzte Eintreten für die Arbeitsruhe hat sich der Eindruck bei Unternehmern und Behörden vermindert, die Sache läßt sich nicht mehr steigern, sie verliert daher (!) ihre Wirkung, zumal da die Zahl der Teilnehmer an der Arbeitsruhe nicht geblieben ist. Und endlich des Pudels Kern: Die Demonstration für Verkürzung der Arbeitszeit, Schaffung einer durchgreifenden Arbeiterkassengründung, Völkerrfrieden usw. kann auf den Abend oder auf den ersten Sonntag im Mai verlegt werden.

Um mit dem letzten zu beginnen, so ist gegen Severing doch folgendes zu bemerken: Man darf es dem Großen der Arbeiterkraft, das trotz alledem und alledem mit jähiger Energie an seiner Maisfeier hängt, nicht als Anzuchtigkeit oder Verbortheit anrechnen, daß es die Arbeitsruhe am 1. Mai als die idealste Taktik und die Abend- oder gar die Sonntagsfeier als ein klägliches Surrogat betrachtet. Diese Wertbestimmung entspringt dem gesunden Gefühl und dem klaren Verstande dafür, daß man, um für Verkürzung der Arbeitszeit zu demonstrieren, nichts tatfäch und agitatorisch Klügeres und Geschickteres tun kann, als daß man eben die Arbeitszeit um einen Arbeitstag verkürzt!

Was uns aber an den Ausführungen eines Parlamentariers, eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, ganz besonders in Erinnerung rufen muß, das ist die partei Ruchlosigkeit auf die Wahrung, die sich durch unser fortgesetztes Eintreten für eine große Idee der Herren Unternehmer und der Behörden bemächtigen oder schon bemächtigt haben könnte! Dabei ist die ganze sozialdemokratische Parlamentsstimmung auf eben diesem Durchbohrungsprinzip der unermüdlichen, ewig alten und doch ewig neuen und jungen Propaganda für die Zukunftsidee des Sozialismus aufgebaut. Hätte Severing recht, so täten unsere Abgeordneten auf den bürgerlichen Parteien nicht zum hundert- und tausendsten Male mit dem Zehnfundament oder der Abschaffung der Todesstrafe oder der Aufhebung der indirekten Steuern oder der Sicherung des Koalitionsrechts oder mit diesen und jenen Forderungen sonst zu kommen, die den Gegnern der Sozialdemokratie nichts als „olle Kamellen“ sind und für die unsere Abgeordneten, Parteifunktionäre und Parteiblätter schon so viele und so gute Argumente zusammengestellt haben, daß sich die „Sachen“ auch kaum mehr steigern lassen! Den Gedanken auszusprechen, heißt seine Aburdigkeit ausprechen und damit die Severingsche Resignationspolitik auf ihren wahren Wert zurückführen.

Vielleicht die Hamburger Resolution, hört man Reichel und Severing, so könnte es fast scheinen, als ob die Maisfeier nur den Gedanken der Arbeitszeitverkürzung, des Achtstundentages in sich birgt. Nirgends eine Spur davon, daß für den Arbeiterkampf im allgemeinen demonstriert, nirgends ein Wehen des Gedankens, daß am 1. Mai die Internationalisierung des proletarischen Kampfes, die Idee des Weltfriedens propagiert werden soll. Und das ist im Grunde genommen das Betrübenste von allem, was die Hamburger Verhandlungen über die Maisfeierfrage gebracht haben.

Der Idealismus darf nicht in einen Tag dauern, sondern 365 Tage! — Dieses große Wort hat Severing in Hamburg gelassen ausgesprochen. Hoffen wir, daß auf dem internationalen Sozialistenkongress zu Kopenhagen 1910 Idealismus und Realismus in gesunder Vermischung eine solidarische Maisfeiertaktik gebären, an der das Proletariat aller Länder seine Freude haben kann.

Die Ersatzsteuerentwürfe zur Reichsfinanzreform.

Bei dem Kampf um die Reichsfinanzreform haben die Zunker einen Versuch nach dem andern unternommen, um die geringe Belastung, die ihnen zugebracht war, von sich abzuwehren. Erst machten sie den Vorschlag, die Einführung von Besitzsteuern nur allgemein vorzuschreiben, den Einzellandlagen aber die Gestaltung der Steuern im einzelnen zu überlassen. Dann kam der famose Wertzuwachssteuerentwurf, den sie dreist und gottesfürchtig so eingerichtet hatten, daß ihr Geldbeutel durch seine Annahme nicht in Gefahr gebracht worden wäre, und zuletzt kam das Bündel mehr oder weniger blühender Steuerentwürfe, die von der Rumpfkommmission nun dem Plenum des Reichstages präsentiert werden. Ihre Mühe und Arbeit ist nicht umsonst gewesen. Steter Tropfen höhlt den Stein. Zwar das Ziel ihrer Wünsche ist bis jetzt völlig noch nicht erreicht, aber wenn man sich die Bekämpfung befiehlt, mit der die Regierung unter dem Namen von „Ersatzsteuerentwürfen“ das Volk belästigen will, so merkt man: Es ist dabei reichlich, sehr reichlich auf die Taschen der steuerhungrigen Agrarier Rücksicht genommen worden, wenn auch die Regierung sich nicht hat entschließen können, sich die abenteuerlichen Steuerprojekte der polnisch-kerikal-konfessionellen Koalition zu eigen zu machen.

Aus der Nachlasssteuer ist eine Erbschaftsteuer geworden.

Dagegen ist nun an sich gewiß nichts einzuwenden. Man wird zugeben müssen, daß sie gerechter ist, wie eine Nachlasssteuer, die den gesamten Nachlaß ohne Rücksicht auf die Zahl der Erben trifft. Warum von zwei Leuten, die gleiche Summen erben, einer frei bleiben soll, nur weil er vielleicht der einzige Erbe eines kleinen Nachlasses ist, während der andere sich mit vielen Erben in einen größeren Nachlaß teilen muß, ist nicht einzusehen. Es kommt doch nur darauf an, wieviel ein Erbe erhält. Aber die Erbschaftsteuer hätte doch nun so ausgestaltet werden müssen, daß aus ihr ein ebenso hoher Ertrag, wie aus der geplanten Nachlasssteuer, zu erwarten war. Das ist aber nicht geschehen. Nach der neuen Steuervorlage soll das Mobiliar steuerfrei bleiben, ebenso Erbschaften bis zum Betrage von 10 000 M., ferner soll die Steuer nicht erhoben werden, wenn der Gesamtnachlaß weniger wie 20 000 M. beträgt. Eine völlig ungerechtfertigte Bestimmung! Es ist aber nicht versucht worden, den Ausfall, der durch alle diese Bestimmungen entsteht, durch eine entsprechende Erhöhung der Steuerfüße auszugleichen. Deshalb wird aus der Erbschaftsteuer nur ein Reinertrag von 55 statt von 90 bis 100 Millionen erwartet. Eine starke Verzerrung der Agrarier stellt der Vorschlag dar, einen Feuerversicherungsstempel einzuführen. Durch eine derartige Steuer wird das Vermögen des Kaufmanns oder Industriellen ziemlich vollständig getroffen. Bei ihm ist in der Regel fast alles versichert, denn ein Kaufmann oder Fabrikant hat ja sein Geld in Waren, Gebäuden und Maschinen angelegt, sei es, daß er allein eine Unternehmung betreibt, oder als Gesellschafter (Aktionär) an einer Unternehmung beteiligt ist. Das Vermögen der Landwirte aber besteht zum großen Teile aus Grund und Boden. Der braucht natürlich nicht gegen Feuer versichert zu werden.

Dieser Feuerversicherungsstempel soll 35 Millionen bringen. Völlig unberührt bleibt der landwirtschaftliche Besitz durch die Erhöhung des Stempels auf Wertpapiere, durch welchen 10 Millionen Mark mehr aufgebracht werden sollen.

Die vorgeschlagene Besitzwechselabgabe soll zwar in gleicher Höhe sowohl beim Eigentumswechsel ländlicher wie städtischer Grundstücke erhoben werden. Trotzdem werden die 20 Millionen, welche diese Steuer bringen soll, zum weitaus größten Teil von der städtischen Bevölkerung aufgebracht werden müssen. Denn in der Stadt wechseln, wie ja anlässlich der Debatte über die Reichswertzuwachssteuer hervorgehoben wurde, die Grundstücke viel öfter ihren Eigentümer wie auf dem Lande. Die vorgeschlagene Erhöhung des Stempels auf langfristige Wechsel und der Scheckstempel, von welchen Steuern man einen Ertrag von insgesamt 20 Millionen erwartet, treffen wieder fast ausschließlich Handel und Industrie. Der Scheckstempel muß vom volkswirtschaftlichen Standpunkt besonders scharf verurteilt werden. Wird er eingeführt, so ist zu fürchten, daß die Ausbreitung des Scheckverkehrs dadurch erschwert wird. Und das wäre für unsere Volkswirtschaft von argem Nachteil. Je mehr sich unsere Geschäftswelt daran gewöhnt, Zahlungsverpflichtungen statt mit barem Geld durch Schecks, Anweisungen auf eine Bank, zu erfüllen, desto mehr wird an festbarem Edelmetall gespart, das wir zum Zahlungsverkehr brauchen. Dadurch aber wird der Zinsfuß herabgedrückt. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wird zur Begründung des Vorschlages der Regierung angeführt, daß auch in anderen Staaten, z. B. in England ein solcher Scheckstempel schon existiere. Die „Frankfurter Zeitung“ macht demgegenüber mit Recht geltend, daß in England der Scheckverkehr schon seit vielen Jahrzehnten einer bedeutenden Umfanga hat, während wir in Deutschland erst am Anfang seiner Entwicklung ständen. Die Aussicht darauf, daß sich der Scheckverkehr ebenso entwickelt wie in England, würde durch die Einführung eines solchen Stempels sehr verringert werden.

Die Ersatzsteuerentwürfe der Regierung sind zwar im Vergleich zu den Steuerentwürfen, welche die Rumpfkommmission zur Welt gebracht hat, das kleinere Übel. Sie bevorzugen aber immer noch die Agrarier so stark, daß sich die Vertreter des Bürgertums, die Liberalen, nicht durch sie abheben lassen dürften. Sie sehen sich gerade genug mit ihren Prinzipien in Widerspruch, wenn sie 400 Millionen Mark indirekte Steuern bewilligen. Es war ihnen dann von der Regierung zugeklagt worden, daß wenigstens 100 Millionen durch Besitzsteuern aufgebracht werden sollten und sie müßten nun daran festhalten, daß dies auch durch Steuern geschieht, die gleichmäßig die besitzenden Klassen belasten. Sie dürften sich diese ungeheure Verzerrung der Agrarier, wie sie die Regierung plant, nicht gefallen lassen.

Ob sie nun die Finanzreform auch wirklich ablehnen werden, ist eine andere Frage. Die Entscheidung wird ja nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Wie der preussische Fiskus „spart“. Ein Genosse schreibt dem „Vorwärts“: Schon lange bevor für die einzelnen Verwaltungen in Preußen die Parole zum „Sparen“ ausgegeben war, beflügelte sich die Eisenbahnverwaltung der Sparanleihe auf Kosten der Bequemlichkeit und Annehmlichkeit der Reisenden — namentlich derjenigen, welche die dritte und vierte Wagenklasse benutzen müssen. Ein neuer Sparwagnall der Eisenbahnverwaltung wurde mir jüngst bekannt. Ich fuhr im D-Zuge nach Frankfurt. In einem Gespräch mit einem Mitgliede des Zugpersonals erfuhr ich, daß nächstens auch die kleinen Klappschienen, die in den Seitengängen der Durchgangswagen untergebracht sind, eingezogen werden sollen. Die Holzplatten der alten Tischchen, die bisher von benutzenden Reisenden, die keinen Platz am Fenster erlangen konnten, gelegentlich im Coupé benutzt wurden, sollen als Fensterständer Verwendung finden. Wieviel der Fiskus dabei „spart“, entzieht sich

meiner Berechnung. Ebenso konnte ich nicht erfahren, ob auch die Tischchen aus den Wagen zweiter und erster Klasse genommen werden sollen. — Jedenfalls ist dieser Einfall der Bahnverwaltung — vorausgesetzt, daß diese Absicht verwirklicht werden sollte — eine interessante Beigabe zu dem Hinauswurf der Reisenden dritter Klasse aus den feudalen Räumen der Speisewagen.

Eine deutsche Reichspolizei. In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ (Nr. 630 vom 12. Juni) macht ein Polizeioffizier den Vorschlag, die Polizei zum Reichsinstitut zu machen und sie nach Muster der Postverwaltung nicht nur einheitlich für das ganze Reich, sondern auch international zu organisieren. Nach ihm taugt die deutsche Polizei nichts, es ließen viel zu viel Verbrecher und Vagabunden herum, gegen die die Polizei heute machtlos sei. Der Polizeireformator kommt zu dem Resultat: „Unsere Polizei ist, allgemein betrachtet, ein untaugliches Werkzeug für die Zwecke des modernen Staates. Sie muß von Grund aus umgestaltet werden. Wir bedürfen einer Polizei, die im ganzen Reich einheitlich und straff organisiert ist, die an jedem Punkte desselben (also wie die Post) über allgemein und fachlich gebildete Beamte verfügt, eine Polizei, die frei und nicht abhängig ist von knauserigen, rüchsländigen oder gar sozialdemokratischen Gemeindevorständen, und die unabhängige, gebildete Führer besitzt. Diese nationale Organisation würde gleich wie die Post, auf internationales Gebiet auszuweiten sein, denn nur dadurch ist eine nachhaltige Unterdrückung des internationalen Verbrechens möglich. Am besten wäre die Schaffung einer Reichspolizei. Ist das noch nicht möglich, so organisiere man wenigstens eine Reichskriminalpolizei. Die Gelegenheit dazu ist günstig, da sie gelegentlich der geplanten Strafprozessnovellen geschaffen werden könnte. Eine Armee nach außen, eine Armee auch nur für den inneren Schutz.“

Die Gründe gegen eine Reichswertzuwachssteuer hat die Regierung in einer Denkschrift dahin zusammengefaßt, daß die Besteuerung des unbeweglichen Vermögens an sich berechtigt und für die Gemeinden sehr geeignet ist. Das Reich müsse aber Rücksicht auf die Gemeindefinanz nehmen; eine gleichmäßige Heranziehung von Stadt und Land ist schwer möglich und deshalb sei eine Beteiligung des Reiches an dieser Steuer sehr bedenklich. Für die gegenwärtige Reichsfinanzreform könne diese Steuererhöhung schon deswegen überhaupt nicht in Frage kommen, weil Praxis und Wissenschaft sich durchaus noch nicht einig sind, und gar keine Möglichkeit besteht, die Vorarbeiten für ein solches Steuergesetz jetzt erledigen zu können.

Das Zentrum über die neuen Besitzsteuern. Die „Rheinische Volkszeitung“ schreibt zu den neuen Besitzsteuern der verbündeten Regierungen:

„Das einzige, was durch die neuen Besitzsteuern nur wenig oder vielleicht überhaupt nicht belastet wird, ist auch diesmal wieder das mobile Kapital, der ungeheure Besitz an Wertpapieren; er würde höchstens durch die Erbschaftsteuer etwas betroffen werden, jedenfalls aber in gar keinem Verhältnis zu seiner Leistungsfähigkeit. Man muß daher sagen, daß die neuen Vorlagen keine annehmbare Lösung der Besitzsteuerfrage herbeiführen, dagegen im Falle der Annahme eine weitere, recht erhebliche Belastung des gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebes, des Hausbesitzes und des arbeitenden Mittelstandes werden würde.“

Die Konservativen und die Erbschaftsteuer. Die konservative Presse verhält sich zwar auch zur Erbschaftsteuer ablehnend, immerhin ist aber diese Ablehnung keine so schroffe, als sie der Erbschaftsteuer gegenüber an den Tag gelegt wurde. Unverküßlich ist eigentlich bloß die „Deutsche Tageszeitung“, die auf ihrem scharf ablehnenden Standpunkt beharrt. Andererseits sind die Konservativen im Lande eifrig an der Arbeit, ihre Abgeordneten zu bewegen, den ablehnenden Standpunkt aufzugeben. So hat eine Konferenz der brandenburgischen Reichstagsmitglieder, in welcher der konservative Abg. Pauli-Boisdam referierte, den dringenden Wunsch ausgesprochen, daß die Konservativen für die Erbschaftsteuer stimmen mögen. Einem der heftigsten Gegner der Erbschaftsteuer, dem Abg. Dietrich, wurde in einer Versammlung in seinem Wahlkreis sehr stark zugelegt. Die Versammlung fand in Neuruppin statt, und als Herr Dietrich merkte, daß die Mißstimmung gegen ihn eine allgemeine sei, half er sich damit, daß er erklärte, er sei kein prinzipieller Gegner der Erbschaftsteuer, sondern bekämpfe sie bloß im gegenwärtigen Zeitpunkt, weil man diese Steuer sich für später reservieren solle. Ein Abstimmung wurde auf Wunsch des Abg. Dietrich nicht vorgenommen, sie hätte ohne Zweifel ein Mißtrauensvotum für den konservativen Vertreter des Kreises ergeben. Man kann also immer damit rechnen, daß es dem Fürsten Bismarck gelingen wird, den konservativen Widerstand gegen die Steuer in ihrer neuen Form zu brechen.

Meinungsprotest Samann. Das Verfahren gegen den Preßbegehrten des Auswärtigen Amtes, Geheimrat Dr. Samann, ist nicht, wie kürzlich irrtümlich gemeldet, eingestellt worden, vielmehr hat die Beschlußkammer des Landgerichts I in Berlin die Eröffnung des Hauptverfahrens beschlossen. Die Verhandlung wird bereits in der nächsten Schwurgerichtsperiode stattfinden.

Aus dem Reichstag.

In der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die am Dienstag vormittag stattgefunden hat, wurde beschlossen, folgende Interpellation einzubringen:

Beabsichtigen die verbündeten Regierungen angesichts des durch die Teuerung der Lebensmittel verursachten Notstandes weiter Volksteile eine Gesetzesvorlage über eine zeitweilige Aufhebung der Getreidezölle und der Zölle auf Futtermittel, sowie des § 11 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 über die Erteilung von Einfuhrschein vorzulegen?

Die Genossen Wollenbühl, Scheidemann und Dr. Südekum sollen die Interpellation begründen und — falls aus irgend welchen Gründen die Interpellation nicht auf die Tagesordnung kommen sollte — bei der Beratung der Mühlenmahlsteuer sagen, was über die Lebensmittelpreise gesagt werden muß.

Gegen die Mehrbelastung des Tabaks.

Der Verband Deutscher Zigarren-Ladeninhaber hat folgende Eingabe an den Reichstag gerichtet:

„Die auf Anregung des Verbandes Deutscher Zigarren-Ladeninhaber im großen Saale des „Livoli“ zu Hannover am

Bielefelder Sommertheater.

am Dienstag, 15. Juni: Sie weiß etwas, Schwank in 4 Aufzügen von Rudolf Kneisel. Auch dieses Stück ist in der Zeit der geistigen Debe unserer dramatischen Literatur entstanden und zeichnet sich durch Seltsamkeit und Gedankenarmut aus. Eine Frau, welche, wenn sie bei ihrem Manne die Erfüllung irgend eines Wunsches durchsetzen will, ihm erklärt, daß sie „etwas weiß“, das ist die Pointe des Stückes. Im Grunde genommen läuft dies auf die widerliche Prostitution in der Ehe hinaus. Aber diese hochanständige bürgerliche Ehe mit ihren durch die Eitelkeit berechtigten Extratouren des Ehemannes war das Lieblingsstigma der alten Schwankliteratur der siebzehnte und achtzehnte Jahrhunderte. Gespielt wurde gut genug.

14. Juni 1909 versammelten Delegierten aller Verbände und Vereinigungen des Zigarrenhandels erklärten:

Eine jede steuerliche Mehrbelastung des Tabakgewerbes muß große wirtschaftliche und soziale Schädigungen nach sich ziehen, die in dem Niedergang des Konsums, in der Vernichtung der schwächeren Existenzen und einer nicht wieder einzuholenden Benachteiligung des gesamten Tabakgewerbes ihren Ausdruck finden. Die allerwertvollsten Nachteile von allen vorgelegenen Formen der Mehrbelastung würden aber eine Vandalenart der Zigarrenindustrie im Geiste haben; sie würden das Großkapital in einer nicht ausgleichenden Weise in Vorteil setzen und Tabakindustrie und Tabakhandel, welche heute noch ein Gewerbe des Mittelstandes sind, völlig den Händen der Großunternehmungen ausliefern.

Die Versammelten bitten deshalb einen hohen Reichstag, jeder steuerlichen Mehrbelastung des Tabaks, vor allen Dingen in der Form der Vandalenart oder der Zigarrenwertsteuer die Genehmigung zu verweigern.

Der Papst über den Streik.

Die ultramontane „Triesterische Landeszeitung“ erinnert an eine Ansprache, die Papst Pius X. an einen Pilgerzug aus der Diözese Parma hielt. Der Papst wies hin auf den großen Landarbeiteranstand, der im vergangenen Sommer in der Gegend von Parma stattfand. Er begann seine Ansprache mit den Worten: „Ich wünsche, daß heute meine Stimme in allen Teilen eurer Diözese gehört und daß sie von allen euren Brüdern verstanden werde.“ Dann erwähnte er die Pilger, an das Evangelium zu glauben und jedem zu mißtrauen, der etwas Gegenteiliges lehre.

„Seid sicher, daß, wenn der falsche Lehrer auch materielle Vorteile anbietet und auch schmeichelnde Erfolge hoffen läßt, er euch schließlich doch mit leeren Händen stehen läßt und Unheil und Zwietracht in eure Familien und euer Land bringt, Verwirrung in die gesellschaftliche Ordnung bis zu den schlimmsten Ausschreitungen, ja zum Blutvergießen; inwieweit wird er versuchen, euch eurem Glauben abwendig zu machen, indem er euch zum Empfang der Sakramente und von den religiösen Übungen, die er übergläubig nennt, abhält. Die Gläubigen mögen vielmehr sich an das Wort ihrer Priester halten, welche den Reichen wie den Armen gleichmäßig ihre Pflichten einschärfen und so am besten den sozialen Frieden vermitteln. Anders aber eure Feinde, welche die Streiks predigen, die Auslände, welche Reiche und Armen schädigen, welche den Haß in die Gesellschaft fien, welche die blühenden Gegenden verwüsten.“

Den christlichen Gewerkschaften muß diese Äußerung des „Unfehlbaren“ sehr unangenehm werden.

Eine treffliche Charakterisierung der preussischen Junker.

aus der Seidberger Professor Alfred Weber in der vom Veltienkollegium der Berliner Kaufmannschaft einberufenen Protestversammlung gegen die Steuerpläne der konservativen Reichstagsfraktion. Dabei bekam auch die Regierung einige treffende Hiebe ab, wobei freilich zu erwägen, daß der Redner kein preussischer Professor ist. Er sagte u. a.:

„Wenn man unsrer Regierung nachsagt, daß sie einen Tropfen nicht demokratischen, sondern nur liberalen Geistes habe, so mache man ihr schon ein zu großes Kompliment. Die Regierung sei geradezu ängstlich bemüht, es mit ihren nächsten Feinden, den Agrariern, nicht zu verderben. Die gerechteste Steuer, die es gebe, sei die Erbschaftsteuer, zumal sie erst eine Erbschaft von 20 000 Mark aufwärts besteuere. Seit 25 Jahren stehe man vor dem Schlagwort von der „Notlage der Landwirtschaft“. Graf Kanitz bezeichnete bei Besichtigung seines Antrags auf Einführung des Getreidemonopols 180 Mark als den Idealpreis für Roggen. Dieses Ideal sei heute nicht nur erreicht, sondern weit überschritten. Unangenehm dieser Tatsache sei es entweder eine Dummheit oder richtiger eine Unbeherrschung, von der „Notlage der Landwirtschaft“ zu sprechen. Der König von Preußen sei, durch die Verhältnisse gedrängt, genötigt gewesen, zu versprechen, das Dreifachsteuergesetz zu erweitern. Die Junker fürchten aber dadurch eine Beeinträchtigung ihrer Herrschaft. Sie wollen allein im Staat regieren. Nicht der Bauer, sondern der Großgrundbesitzer macht die Gesetze im preussischen Herrenhause. Diese Leute haben eine patriotische Maske vor sich und die Regierung, soweit wir überhaupt noch eine Regierung haben, ist bemüht, den Junkern diese Maske zu halten. Diese „von Junkern, die jeden an den Schandpfahl der Vaterlandslosigkeit stellen, der nicht in ihren patentierten Maskenpatriotismus einstimmt, der nicht bloß den Patriotismus in Kaiser-Geburtsstößen und dem Gesänge „Heil dir im Siegerkranz“ bekundet, diese Klassenherrschaft ist geradezu ekelhaft! Die Junker haben drei Aufgaben: 1. die Zurückdrängung der Kulturentwicklung, 2. die Vermehrung der Unfreiheit und 3. die Ausbeutung ihrer Profitinteressen. Diese Gesichtspunkte leiten die völkisch-reaktionäre Junkerkommission bei ihren Steuerbeschlüssen. Das deutsche Volk muß wie ein Mann aufstehen und sich mit allen Kräften gegen diese Junkerherrschaft wehren!“

Das ist sehr drastisch und treffend gesagt, wenn auch in der Sache nicht neu. Unter den Zuhörern mögen sich aber manche befinden haben, die den „patentierten Maskenpatriotismus“ in seinen abstoßendsten Formen mitgemacht haben und — weiter mitmachen werden.

Zu den Mekeleien in Kleinasien.

Ueber die Haltung der Jungtürken zu den Vorgängen in Armenien wird dem „Vorwärts“ aus Genf geschrieben:

Alle Bemühungen der türkischen Behörden haben den Zweck, jede fremde Intervention zu vermeiden. Deshalb haben sie anfangs die Armenier als die Schuldigen angeklagt. Diese merkwürdige Behauptung gründeten sie darauf, daß während der ersten Mekeleien in Adana fast ausschließlich Mohammedaner als Armenier getötet worden waren. Aber dies zeigt nur, daß auch noch die Jungtürken es als selbstverständlich betrachten, daß die Armenier sich widerstandslos massakrieren lassen. Deshalb wird jetzt der kühne Widerstand der armenischen Bevölkerung als ihre Schuld betrachtet. Gegen diese schreiende Ungerechtigkeit haben auch mehrere ausländische Augenzeugen der blutigen Ereignisse protestiert und den türkischen Rebell wahrheitsgemäß als Anarchisten bezeichnet. So waren die Türken genötigt, ihre frühere Haltung zu ändern, und im „Temps“ hat die türkische Volkszeitung in Paris erklärt, es wären die Türken und die Armenier in gleicher Weise schuldig. Danach handelten auch die türkischen Behörden, und so wurden in Adana außer den Türken auch noch 250 Armenier verhaftet. Diese unaufrichtige Politik der Jungtürken, die die Gleichheit aller Völker der Türkei nur theoretisch anerkennen scheinen, hat in der armenischen Bevölkerung eine gerechte Entrüstung hervorgerufen. Die Redaktion des Genfer „Drohschaf“ hat auch im „Temps“ und anderen Zeitungen die tendenziöse Erklärung der türkischen Volkszeitung auf Grund vieler Tatsachen widerlegt. Dies scheint auf die türkischen Regierungskreise eine gewisse Wirkung ausgeübt zu haben, und der türkische Minister des Innern versicherte kürzlich durch den Genfer Konsul der Redaktion des „Drohschaf“, die Regierung flage die Armenier nicht an und er-

greife alle notwendigen Mittel, um die Schuldigen zu bestrafen; ebenso hat der Premierminister Hilmi Pascha in seiner Programmrede die Ereignisse in Cilicien als das Werk des alten Regimes bezeichnet. Leider geben sich Hilmi Pascha und die maßgebenden Kreise nur den Schein, als ob sie wirklich die wahren Anführer der Adanaer Schredens ermittelt hätten und sie zu bestrafen bereit wären. Tagelang sprechen die zahlreichen Verhaftungen, die unter den Armeniern vorgenommen sind, die die Selbstverteidigung organisiert und auf diese Weise die armenische Bevölkerung vor der vollständigen Vernichtung schützten; es ist auch sehr verdächtig, daß in den Orten, wo der Widerstand der Armenier am heftigsten war, z. B. in Tschort, Marwan, und auch dort, wo die Armenier dank ihrer Tapferkeit unverfehrt blieben, wie z. B. im bekannten Zeitum, Verbrechen gemacht wurden, die Bevölkerung zu entwaschen. Glücklicherweise haben der englische und der amerikanische Konsul die Verwirklichung dieser Absicht vorläufig verhindert, weil sie sehr gut wissen, daß die Entwaschung der Armenier allein nichts anderes bedeutete, als ihre Auslieferung an outbrennende Mohammedaner, deren Mehrheit noch ein Werkzeug in den Händen der Reaktionäre ist.

Das einzige Richtige, das die jungtürkische Regierung machen könnte, wäre die Entwaschung der mohammedanischen Bevölkerung, nach deren Durchführung die Armenier kein Bedürfnis nach Waffen mehr empfinden würden. Auch die Verdrängung der Armenier wegen ihrer Selbstverteidigung müßte unterlassen werden. Denn die Selbstverteidigung gegen die Reaktionäre ist eine Tugend, und es wäre schändlich, diese Tapferen als Mörder zu verurteilen.

Japan und die Vereinigten Staaten.

New York, 15. Juni. Die Verhaftung von vier japanischen Redakteuren in Honolulu im Zusammenhang mit dem Streik der Plantagenarbeiter verursacht in Japan größte Erregung. Diplomatische Auseinandersetzungen dürften unausbleiblich sein.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 16. Juni.

— st. Sozialdemokratischer Verein. Ortsgruppe Bielefeld. Die nachstehend bezeichneten Mitglieder haben ihre Wohnung gewechselt, ihre neue Adresse aber weder im Bezirk noch im Parteibureau angegeben; in Klammern ist die frühere Wohnung angegeben: R. D., Arbeiter (Sadomast.); D. Sch., Schlosser (Turmstr.); K. Sv., Arbeiter (Al. Söwe); H. Sch., Arbeiter (Schildeherstr.); G. H., Arbeiter (Serrforstr.); W. R., Arbeiter (Reichstr.); M. G. R., Tischler (Reichstr.); E. J. Maurer (Reichstr.); W. Sch., Bauarbeiter (Mellerstr.); R. D., Dreher (Schildeherstr.); L. W., Arbeiter (Gadderbaum).

— Wohnungszustand 1909. Die im Monat Mai ds. Js. im Stadtbezirk Bielefeld durch Polizeibeamte angestellten Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse haben folgendes Ergebnis gehabt: Es sind im ganzen 16613 Wohnungen vorhanden, von denen 3545 (21,94 %) vom Hauseigentümer selbst benutzt werden, während 12968 (78,06 %) als Mietwohnungen bezeichnet sind. Die Zahl der Wohnungen gliedert sich ihrem Mietwert nach in folgenden Gruppen:

a) 2452 Wohnung. mit einem Mietwert	bis 150 M. = 14,76 %
b) 7035 „ „ „ „	von 150 „ 240 „ = 42,35 %
c) 2923 „ „ „ „	240 „ 360 „ = 17,59 %
d) 1392 „ „ „ „	360 „ 480 „ = 8,38 %
e) 1117 „ „ „ „	480 „ 600 „ = 6,72 %
f) 756 „ „ „ „	600 „ 800 „ = 4,55 %
g) 330 „ „ „ „	800 „ 1000 „ = 1,99 %
h) 177 „ „ „ „	1000 „ 1200 „ = 1,07 %
i) 124 „ „ „ „	1200 „ 1400 „ = 0,75 %
k) 307 „ „ „ „	über 1400 „ = 1,85 %

Der prozentuale Anteil der Wohnungen, die von 1,31 % sämtlicher oder 1,68 % aller Mietwohnungen. Davon entfallen auf Gruppe a) 51 = 2,08 %, b) 50 = 0,71 %, c) 33 = 1,13 %, d) 36 = 2,59 %, e) 25 = 2,24 %, f) 14 = 1,85 %, g) 6 = 1,82 %, h) 1 = 0,56 %, i) — = 0,0 %, k) 2 = 0,65 % von dieser Gruppe überhaupt vorhandenen Wohnungen.

Es ergibt sich hieraus, daß von den Wohnungen mit einem Mietwert von 360 M. und darüber ein größerer Prozentsatz leer steht, als von den Wohnungen mit einem Mietwert bis zu 360 M. Im Jahre 1905 standen 272, 1906 111 und 1907 226 Wohnungen leer. Eine wesentliche Verringerung ist also nicht eingetreten.

— Nichtbenutzte Bestimmungen der Baupolizei-Ordnung. Es ist in letzter Zeit häufig vorgekommen, daß über dem Dachgeschoss, d. h. über den nach hinten liegenden Räume als Wohn- und Schlafräume insbesondere als Mädchenkammern benutzt wurden, die hierzu nach den baupolizeilichen Bestimmungen nicht geeignet sind. Es wird darauf hingewiesen, daß diese Art der Benutzung nach der Baupolizeiordnung nicht erlaubt ist und daß sie nötigenfalls mit Zwangsmitteln polizeilich verhindert wird. Ferner ist es vorgekommen, daß Räume, welche hinsichtlich ihrer Beleuchtung und Luftzuführung nicht dem § 46 Absatz 1 der Baupolizeiordnung entsprechen, also weder von der Straße, noch vom Bauhof, noch von einem vorchriftsmäßigen Saubord Luft und Licht erhalten, in den Räumen zunächst als untergeordnete Räume, z. B. Badezimmer, Lagerraum usw., bezeichnet und, später aber doch als Schlafräume, namentlich für Dienstmädchen, benutzt wurden. Hauseigentümer, sowie Mieter machen sich durch die vorchriftswidrige Benutzung strafbar; außerdem wird seitens der Polizeiverwaltung in jedem Falle gegen die Benutzung der betreffenden Räume unaussprechlich eingeschritten werden.

— Bielefelder Sommertheater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Heute abend geht der erfolgreiche Schwank „Liebesgewitter“ zum 3. Male in Szene. — Morgen findet als Festvorstellung zu Ehren Paul Lindaus 70. Geburtstag eine Aufführung seines hervorragenden Schauspielers „... so ich dir!“ statt. Schon längst ist Paul Lindau auf der Bühne ein liebgewordener Autor und erst neuerdings wurde seine überaus sympathische Persönlichkeit wieder in der Vordergrund des allgemeinen Interesses gerückt durch seine Verurteilung als 1. Dramaturg und Regisseur an das Königl. Schauspielhaus Berlin. Der Siebzigjährige wurde an seinem Geburtstag in der ganzen literarischen Welt als einer der Bedeutendsten gefeiert, und hier ist alles geschehen, um den Tag würdig zu begehen. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Käthe Wallinow, Ida Sanders, Emmy Berend, und die Herren Dr. Hans Freiden, Walter Neumann und Fritz Grammann. Das feierliche Schauspiel wird sicher auch hier seine pädagogische Wirkung nicht verfehlen.

— Freie Volksbühne. Die Mitglieder müssen am Sonnabend beim Konzert ihre Mitgliedsarten vorzeigen.

— Städtisches Orchester. Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, konzertiert das vollbesetzte städtische Orchester in Vollmanns Garten. Ein flottcs Programm kommt zum Vortrag.

— Ueber die „Hagenbed-Schau“, welche vom 19. bis 28. Juni auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz in Bielefeld Vorstellungen geben wird, wird uns von der Direktion geschrieben:

Wilhelm Hagenbeds Raubtier-Schau, die größte der Erde, die im vorigen Jahre in der Reichshauptstadt und dann auf ihrer Tournee in anderen großen Städten das größte Aufsehen erregte, hat jetzt auch in Bremen ihren Einzug gehalten und am Sonnabend dem Publikum ihre Pforten geöffnet. — Der Amerikaner pflegt mit der Bezeichnung „Schau“ etwas Heldenhafte, Gewalttätige und deshalb für ihn Sehenwertes zu verbinden. — Wer von uns Deutschen bei Hagenbeds „Schau“ Gleiches erwartete, hat sich nicht getäuscht. — Schon die große Fassade des mächtigen Zeltzirkus mit ihren dem Leben des

261. Sitzung vom
Im Bundesrat
Das Haus eht
Schellhorn (soz.) durch
sein (soz.) durch
Auf der Tagesordn.
Abg. Bach (soz.)
b) betreffend den
bürgerlichen Ver
der Reichstanzler zu
beisatz vom 1. Oktob
den medienburgischen
rung der Verfassung
einbaren, nicht in G
Stellvertreter des
prochene Annahme,
den Regierungen von
forderungen der Ver
ien, sich als irrtümlich
Staatsminister v
zur sofortigen Beant
Abg. Bach (soz.)
Die Materie bedarf
von den Großherzog
fassungsreform in
müßte der in Wirklich
herbeizuführen. Nur
sollten überhaupt die
Wahlberechtigt sollte
besteht. Die Frage, a
sehr einfach gelöst: g
Jungnis hat. (Heil
mungen wurde aber
geleitet. Der Ritter
will keine Herrschaft
für die Herren aus
haben es ja immer g
So hier beim Pollat
wahr! links.) Die
erobert hat, wird al
pöbeln stehen bleibe
die Haltung der
kommen in Medlenb
„Dat blickt allens h
und die Türkei sind
burg. Die wirtschaft
dem feudalen Regime
selbst zugeben müssen
Ritterstand die Beha
guteil wird. Die Ri
willkürlichen Kündig
in Medlenburg stam
Die rechte Seite die
die Zustände möge
Landeslache. Wir h
Nach Artikel 78 der
Es handelt sich um
um und diese hat sich
burg muß einmal die
hafter Weisall links.)

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders
Eine derartige grund
in der Absicht der
aber nicht, an der G
von 1875 ausgeproch

Staatssekretär v.
burgische Verfassun
erörtert worden, daß
können. Mein Wissen
esse sein, das für un
es mir aber wohl v
für die Reichsregieru
Nordergrundes steht
Machtphäre gegenü
Einzelsstaaten anders

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 137.

Bielefeld, Mittwoch, 16. Juni 1909.

20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

261. Sitzung vom Dienstag, 15. Juni, 2 Uhr nachmittags.
Am Bundesratssitz: v. Bethmann-Hollweg.
Das Haus ehrte das Andenken der verstorbenen Abgeordneten Schellhorn (natl.), Schmidt-Halle (Fr. Sp.) und Goldstein (Soz.) durch Erheben von den Sitzen.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Abg. Bachnide und Gen. (natl., Fr. Sp., Fr. Sp., Südd. Sp.) betreffend Aenderungen der bestehenden medlenburgischen Verfassung. Die Interpellanten fragen, was der Reichstag zu tun gedenkt, nachdem die im Bundesratsbeschluss vom Oktober 1875 ausgesprochene Erwartung, daß es den medlenburgischen Regierungen gelingen werde, eine Aenderung der Verfassung mit dem medlenburgischen Landtag zu vereinbaren, nicht in Erfüllung gegangen ist, und nachdem die vom Stellvertreter des Reichstages im Januar 1905 ausgesprochene Annahme, es sei ausgeschlossen, daß die medlenburgischen Regierungen und Landstände auf die Dauer eine den Anforderungen der Zeit entsprechende Verfassung ablehnen könnten, sich als irrtümlich erwiesen hat.

Staatsminister v. Bethmann-Hollweg erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.
Abg. Bachnide (Fr. Sp.) begründet die Interpellation. Die Materie bedarf dringend der Klärung. Bekanntlich wurde von den Grobherzögen in Medlenburg eine „zeitgemäße“ Verfassungsreform in Aussicht gestellt. Nach diesem Fürstentum mußte der in Wirklichkeit vorgelegte Entwurf größtes Enttäuschen hervorrufen. Nur 12 Mitglieder des geplanten Parlaments sollten überhaupt aus allgemeinen Volkswahlen hervorgehen. Wahlberechtigt sollte nur sein, wer einen eigenen Hausstand besaß. Die Frage, wer die genügende „Bildung“ besaß, wurde sehr einfach gelöst: gebildet ist, wer das einjährige freiwillige Zeugnis hat. (Heiterkeit.) Trotz aller rückständigen Bestimmungen wurde aber der Entwurf von der Ritterschaft glatt abgelehnt. Der Ritter vom medlenburgischen Schatz und Korn will seine Herrschaft mit niemand teilen. Die Interessen sind für die Herren ausschlaggebend. Die Herren Konfessionen haben es ja immer gut verstanden, ihre Interessen zu vertreten. So hier beim Polltaxi und jetzt bei der Finanzreform. (Sehr wahr! links.) Die konstitutionelle Idee, welche die ganze Welt erobert hat, wird aber nicht vor den medlenburgischen Grenzpfählen stehen bleiben. Auch der Kaiser hat sich mühselig über die Haltung der Ritterschaft ausgeprochen. Das Entgegenkommen in Medlenburg bricht sich aber in den Worten aus: „Dat bliefd allens biem Olen!“ (Heiterkeit.) Selbst Kurland und die Türkei sind politisch weiter fortgeschritten als Medlenburg. Die wirtschaftliche Entwicklung ist in Medlenburg unter dem feudalen Regime zurückgegangen. Der Grobherzog hat das selbst zugeben müssen. Bezeichnend ist für den medlenburgischen Ritterstand die Behandlung, welche den Lehrern in diesem Lande zuteil wird. Die Ritterschaft hält z. B. abseits an dem Recht der willkürlichen Kündigung der Lehrer fest. Die Prüfungsordnung in Medlenburg stammt aus dem Jahre 1821. (Hört, hört! links.) Die rechte Seite dieses Hauses wird vermutlich wieder sagen, die Zustände mögen abänderungsbedürftig sein, aber sie seien Landesbesonderheiten. Wir bestreiten die Richtigkeit dieser Auffassung. Nach Artikel 78 der Reichsverfassung ist die Reichslage klar. Es handelt sich um die Grundfragen konstitutionellen Lebens, und um diese hat sich das Reich zu kümmern. Auch in Medlenburg muß einmal die Stunde der Konstitution schlagen. (Lebhafter Beifall links.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Die medlenburgische Verfassungsfrage ist hier bereits so oft und ausführlich erörtert worden, daß neue Gedanken kaum vorgebracht werden können. Mein wissenschaftlich, juristisch mag es nicht ohne Interesse sein, das für und Wider dieser Frage zu erörtern. Ich darf mir aber wohl erlauben, auf Einzelheiten einzugehen, weil für die Reichsregierung doch die politische Seite der Frage im Vordergrund steht, ob das Reich sich entschließen würde, seine Machtphäre gegenüber dem inneren Verfassungsrechte der Einzelstaaten anders abzugrenzen, als es die Verfassung vorsieht. Eine derartige grundsätzliche Aenderung vorzunehmen, liegt nicht in der Absicht der verbündeten Regierungen. Das hindert sie aber nicht, an der Erwartung festzuhalten, die in dem Entschluß von 1875 ausgesprochen ist. (Lebhafter Beifall links.) In dieser

Erwartung wissen sich die verbündeten Regierungen eins mit den großherzoglich medlenburgischen Regierungen, welche ihrerseits den festen Willen bekundet haben und auch weiterhin hegen, die Verfassung in den beiden Bundesstaaten auszubauen. Durch den Widerstand, auf den sie gestoßen sind, werden sie sich nicht beirren lassen. Die Entscheidung, mit der die großherzoglichen Regierungen die Verfassungsfrage aufgenommen haben, zeigt, daß sie die begründete Hoffnung hegen zu dürfen glauben (Hört, hört!) eine Fortbildung der Verfassung zu erreichen. Der gegenwärtige Augenblick bietet daher auch keinen besonderen Anlaß für die verbündeten Regierungen, an der Erfüllung ihrer Erwartung zu zweifeln. (Schallendes Gelächter links.)

Medlenburgischer Bundesratsbevollmächtigter Baron von Brandenstein: Die medlenburgischen Regierungen erkennen an, daß ein dringendes Bedürfnis auf Aenderung der Verfassung besteht. Eine Einigung mit den Ständen ist freilich bisher nicht erzielt worden. So bedauerlich dieses vorläufige Ergebnis ist, so darf es doch als endgültiges Scheitern der Verhandlungen nicht angesehen werden. Die großherzoglichen Regierungen haben neue Verhandlungen mit den Ständen eingeleitet und sind fest entschlossen, das in Angriff genommene Reformwerk bis zu einem, dem Wohle des ganzen Landes dienenden Ergebnis fortzuführen.

Auf Antrag des Abg. Wimmer (Fr. Sp.) tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. v. Hermann (natl.) erklärt namens seiner Fraktion: Das Reich ist nicht berechtigt, in die Verfassungsbeziehungen der Einzelstaaten einzugreifen. Die Interpellanten verlangen vom Reichstanzler eine Verfassungsverlegung. (Stürmische Heiterkeit links.)

Abg. v. Derken (Nat.) verliest eine lange Erklärung, die inhaltlich auf eine Wiederholung der normannischen Erklärung hinausläuft.

Vizepräsident Dr. Baasche: Eine Rede zu verlesen, gestattet die Geschäftsordnung nur denjenigen Mitgliedern, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind. (Gr. Heiterkeit links, Schreien rechts.) Abg. v. Derken ruft wiederholt: „Zur Geschäftsordnung!“ (Lärm im ganzen Hause.) Das Wort zum Gegenstand der Tagesordnung ist bereits dem Abg. Lind erteilt. (Wiederholte Rufe: „Zur Geschäftsordnung!“ Lärmende Unruhe im ganzen Hause.)

Abg. Lind (natl.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zu den meisten Ausführungen Baasches. (Die Rechte überstürzt demonstrativ die weiteren Ausführungen des Redners. Die Bitten des Vizepräsidenten Dr. Baasche werden mit brüllendem Gelächter und verärgertem Lärm beantwortet.)

Vizepräsident Dr. Baasche (in großer Erregung): Meine Bemerkung scheint von einem Teil des Hauses falsch verstanden worden zu sein. Die Geschäftsordnung bestimmt, daß nur Mitglieder, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, Reden verlesen dürfen. (Sehr richtig! links.) Wütende Rufe rechts: „Es war keine Rede, sondern eine Erklärung!“ Widerspruch links, fortwährend Lärm. Der Herr Abg. Derken hat den Rahmen einer Erklärung weit überschritten. (Zustimmung links, laute Rufe rechts: „Nein, nein!“ Rufe links: „Ruhe, da drüben!“ Erneuter Lärm rechts, stürmische Unruhe überall, ein großer Teil der Rechten schied sich an, den Saal zu verlassen, andere setzten ihre lauten Privatgespräche fort.)

Vizepräsident Dr. Baasche bittet noch einmal völlig wirkungslos um Ruhe. (Abg. Rüst hat sich jetzt zum Präsidenten hinüber gewandt und verhandelt eifrig mit dem sehr erregten Vizepräsidenten. Der Lärm legt sich ein wenig und macht einer unruhigen Unachtsamkeit Platz.)

Abg. Lind (fortsetzend und immerhin in einigen Sätzen nimmer verständlich): Auch Rüst Wismar und Graf Pöschel haben die Reformbedürftigkeit der medlenburgischen Verhältnisse anerkannt. Der Letztere hat auch das formelle Recht des Reiches, seine Kompetenz im Sinne einer Beeinflussung dieser Verhältnisse zu erweitern, einräumen müssen. Unter der gegenwärtigen Verfassungslosigkeit leidet dort auch die Volksbildung. Wir werden nicht ruhen, bis die Verfassungsfrage in Medlenburg gelöst ist. (Bravo! links.)

Medlenburgischer Bundesratsbevollmächtigter Baron von Brandenstein in mißbilligt den scharfen Ton des Vorredners, sowie auch die Schilberung der Schulverhältnisse durch den Abgeordneten Baasche. Die Schulverhältnisse in Medlenburg sind nicht anders, wie in anderen gleichartigen Staaten. (Schallende Heiterkeit links.)

Vizepräsident Dr. Baasche erklärt, daß er die Ausführungen

gen des Herrn v. Derken für eine Rede gehalten habe, wenn Herr v. Derken sich durch seine mehr scherzhaft gemeinte Bemerkung verlegt gefühlt habe, so bebaue er das. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Spahn (Nat.) erklärt für seine Freunde, daß sie das Reich nicht für befugt halten, in einzelstaatliche Verfassungsfragen einzugreifen.

Abg. v. Rohme (Soz.): Die Behauptung, daß die Stellungnahme zur medlenburgischen Verfassungsfrage nicht in der Kompetenz des Reichstages und der verbündeten Regierungen liege, hat die Regierung nicht immer aufrecht zu erhalten gewagt. Als zum letzten Male Herr Büsing 1905 eine solche Interpellation einbrachte, betonte der medlenburgische Bundesratsbevollmächtigte, daß seine Regierung wiederholt ernstlich bemüht gewesen sei, mit den Ständen eine Aenderung der bestehenden Landesverfassung zu vereinbaren. Er erkannte an, daß die medlenburgische Regierung mit der Zustimmung zu dem Beschluß des Bundesrates vom Oktober 1875 und der darin ausgesprochenen Erwartung eine Verpflichtung den übrigen verbündeten Regierungen gegenüber übernommen hat, eine Aenderung der bestehenden Verfassung herbeizuführen. Dieser Bundesratsbeschluss ist nun zweifellos eine direkte Einmischung des Reiches in die Verfassungsangelegenheiten eines Bundesstaates. Dieses Recht der Einmischung bleibt so lange bestehen, bis die übernommene Verpflichtung der medlenburgischen Regierung erfüllt ist, und zwar in einer Weise erfüllt, die den Interessen des Reiches und der Bevölkerung Medlenburgs entspricht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Zurückweisung der Einmischung des Reiches ist vor allem aus einem Grunde unzulässig, der hoch über allen juristischen Erwägungen steht: Die Hauptsache bei einer Verfassung ist nicht, daß sie Rechtsnormen gibt, die leider oft genug nur auf dem Papier Geltung haben, sondern daß sie einen lebendigen Inhalt hat, daß ihr ein im Volksinteresse wirkender Geist eigen ist. Die Eingangsformel unserer Reichsverfassung spricht von der Schließung eines ewigen Bundes zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes. Der Geist der Volkswohlwahrheit kann keinem Zwange unterworfen werden. Er schließt in sich alle immer neuen Bedürfnisse und Anschauungen, die aus dem Volke selbst kommen. (Lebhafter Beifall links.) Das Volk selbst muß sich seine Wohlfahrt schaffen und hierzu muß ihm das Recht und die Möglichkeit gegeben werden. Diese Möglichkeit kann es aber nur gewinnen, wenn es nicht eine politische Hebelmacht, nicht eine rechtlose, unterdrückte und mißhandelte Masse ist, wie in Medlenburg. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir entnehmen so lange des nationalen Lebens, als nicht die Verfassungen aller Bundesstaaten eine rechtliche Uebereinstimmung aufweisen unter Gewährleistung der Volksrechte. Und da steht das allgemeine, gleiche Wahlrecht in erster Linie. Es genügt nicht, daß wir es im Reich haben. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.) Nach Artikel 3 der Reichsverfassung soll das Indigenat (Reichsbürgerrecht) u. a. die Wirkung haben, daß der Angehörige eines jeden Bundesstaates in jedem anderen Bundesstaat zur Erlangung aller bürgerlichen Rechte zugelassen wird. Diese Bestimmung schließt in sich, daß jeder Bundesstaat auch wirklich staatsbürgerliche Rechte gewährt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die medlenburgischen Staaten gewähren ihren sogenannten Untertanen, soweit sie der arbeitenden Klasse angehören, diese Rechte nicht, vor allem nicht das Wahlrecht. Ein Arbeiter, der von Süddeutschland nach Medlenburg geht, verliert sein Wahlrecht gegen Rechtlosigkeit. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Allerdings auch wenn er nach Preußen oder Sachsen geht, macht er keinen günstigen Tauch. Die beiden springenden Punkte der medlenburgischen Frage sind: Erstens die Umwandlung des bisherigen Zustandes der „Untertanenschaft“ in den des Staatsbürgertums, zweitens das öffentliche Widerstreben der medlenburgischen Regierung gegen die Umwandlung. Die medlenburgische Regierung will lediglich dem Feudalismus und Absolutismus ein Ende machen. An eine moderne Verfassung denkt sie aber nicht. (Zust. b. d. Soz.) Aus dem Volke heraus wird aber schließlich die Kraft erwachen, die den jetzigen Zuständen ein Ende macht. Die Ritterschaft wird ihrem Verhängnis nicht entgehen. Es wird kommen, und mit ihm die Freiheit der medlenburgischen Bevölkerung. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. v. Treuenfels (Nat.): Innere Angelegenheiten eines Bundesstaates gehören nicht vor den Reichstag. Ich gehöre zu der verfassungsfreundlichen Minderheit der medlenburgischen Ritterschaft. Ich muß aber ihre Mehrheit in Schutz nehmen. Viele sind vom reinsten Idealismus befeelte Männer. (Gr. Heiterkeit links.) Die Interpellation verleiht agitatorische

schaffen, die zarten Fingerpigen als Zupfinstrumente zu benutzen.

Auch sonst war er recht behäbig geworden. Embonpoint und Gesichtsröte sprachen noch immer gegen jede Entsaugungsur. „Wollen Sie sich wieder an mir reiben?“ gab Trolle höflich zurück. „Ich dachte wohl, wir wären beide zu alt und zu vernünftig dazu geworden. Was würden Sie dazu sagen, wenn ich behauptete, Sie als Affessor hätten kollegiale Beziehungen zu dieser fragwürdigen Existenz.“

Kramer hatte wirklich endlich seinen Affessor gemacht, und so wies er diese Zumutung mit dünnen Worten zurück. Schließlich stimmte er selbst einen scherzhaften Ton darüber an. Zu wohl erzogen und zu klug, um wie früher aus seiner Reserve gegen Trolle herauszutreten, begann er über gleichgültige Dinge zu sprechen und hüllte sich dann zeitweilig in Schweigen, damit bedächtig, fortlaufend Zigarrenrauchringel aus dem Munde zu stoßen, was ihm stets großes Vergnügen bereitet hatte. Er wurde erst wieder aufmerksamer, als Trolle allgemein die Frage aufwarf, was denn aus der hübschen Thüringerin geworden sei? Er habe sie nicht mehr wiedergegesehen; höfentlich ließ sie sagen glücklich verheiratet.

Trolle sah seinen Kaux pas erst ein, nachdem Hiller ihm einen bedeutungsvollen Blick zugeworfen hatte und als nun Kramer einem der Mädchen plötzlich sehr laut zurief, daß er zahlen wolle.

Er leerte sein Könnchen in einem Zuge, erhob sich und entschuldigte sich nach einem Protest der beiden damit, daß er müde sei und daher früh ins Bett steigen wolle. Hiller reichte er die Hand, vor Trolle verneigte er sich höflich.

„Daran hatte ich ja gar nicht mehr gedacht“, sagte dieser dann, nachdem beide enger zusammengedrückt waren.

„Natürlich hast du ihn dadurch vertrieben“, warf Hiller ein. „Wahrscheinlich glaubte er, du hättest mit Absicht gefragt. Er hat nämlich das Verhältnis längst gelöst. Uebrigens spricht er niemals darüber. Vielleicht hat er sie anständig verlobt. Oder wer kann wissen, was aus ihr geworden ist. Was geht es uns an. Ich habe dir früher schon darüber meine Meinung geäußert.“

„Das ist so der Welt Lauf“, sagte Trolle aufs neue, und er malte sich wieder das frische Gesichtchen aus, das ihm immer entgegengegrinst war, sobald er sich hier bilden ließ.

„Nun sage mir, was du eigentlich gegen mich hast“, begann er dann nach einer Weile. „Jemanden muß mich bei dir verleumdet haben.“

„Das fragst du noch? Man hält dich für einen ganz ge-

Verbundene Augen.

Roman von Max Kreßer.

(Nachdruck verboten.)

36 Die betäubte blickte ihm Trolle nach. Unbeweglich, mit dem dumpfen Gefühle einer unheimlichen Ahnung, verharrte er minutenlang auf demselben Fleck. Langsam dämmerte ihm dann alles, was wie ein Gedankenwahn vor seinem Auge lag, nun aber kristallhell seinen Blick nicht mehr zu trüben vermochte.

„Der also! Oh!“

Er sprach es vor sich hin, im Herzen unfähiges Leid, das mit der Erbitterung kämpfte. Er wollte umkehren, nach Hause eilen, um seine Seele zu entlasten, die Sehnsucht nach irgend einem stillen Winkel trieb ihn vorwärts. Er mußte Ruhe und Sammlung haben.

Er hatte nur noch wenige Schritte bis zum Lichtshainer. Das Lokal war daselbst geblieben. Nur andere Gäste, andere Gesichter. Noch immer tranken Herr und Frau Kappel ihr Könnchen am Stamm, und noch immer ließ Großpapa die Dose knallen. Die Dede war schwächer geworden, Tränen und Stöße waren abgedunstet, und an Stelle der früheren Heben waren andere getreten, bis auf Rosa, die hier das Recht auf Altersversorgung erlangt zu haben schien.

Trolle wurde von ihr sofort mit einem: „Na, glücklicher Ehemann!“ verführerisch begrüßt. Ihr Puppengesicht hatte noch die alte Leere, ihr Lächeln war gemacht wie früher. Die Krähennäse um die Augen hatten zugenommen, um die Taille war sie fester geworden. Aber sie verschmählte noch die Schminke, verstand es, ihre prächtige Figur mit immer neuem Schick hervorzuheben, und so konnte sie bei der männlichen Jugend noch passieren.

Trolle ließ sie stehen und nahm mit herzlichster Freude den Empfang der Wirtsfamilie entgegen. Man schien ihm wirklich hier gern gehabt zu haben. Das war doch etwas!

Ein Hallo ging von ihnen aus, gerade wie früher, wenn ein Kauschen über den Stammtisch ging. Man wußte nicht, sollte man ihn zuerst mit „Herr Doktor“ oder mit „Herr Rechtsanwalt“ anreden. Die Wirtin fand ihn noch unverändert, „bis auf den stattlichen Schnurrbart“. Kappel aber lag tapfer, er habe schon viel von ihm in den Zeitungen gelesen, was er so bestimmt versicherte, daß Trolle es vorzog, daran zu glauben.

Als dann Großpapa ihm eine Perle aufdrängte mit den berühmten Worten: „Dann wollen wir allen Groll vergessen.“

rollten vor seinem geistigen Auge die Jahre mit unbezwinglicher Macht zurüd.

Hier war man wirklich jung geblieben.

VIII.

Trolle erblickte Kramer und Hiller, die an dem alten Tisch am Fenster saßen und nun verwundert aufschauten. In ihrer Einfamkeit nahmen sie sich wie der Rest der einstigen fröhlichen Tafelrunde aus, die nun in alle Winde zerstreut war.

Im Augenblick hatte er jeden Zwist vergessen, und so begrüßte er Kramer mit der alten Freundschaft, streckte Hiller die Hand entgegen und bat der Form wegen um die Erlaubnis, ihre Gesellschaft teilen zu dürfen. Sofort merkte er, daß die frühere Stimmung bedeutend umgewandelt war. Man gratulierte ihm zwar zu seiner Rechtsanwaltschaft, aber es geschah doch in gewöhnlicher Weise. Die äußere Verbindlichkeit hatte das alte Kameradschaftsgefühl getötet, und die Zeit mit ihren Läunen war zwischen sie getreten und hatte jedem eine andere Gefühlsrichtung gegeben.

Die Unterhaltung wollte nicht recht in Fluß kommen, trotzdem Trolle sich selbst über seine Redseligkeit wunderte. Es war, als wollte er dadurch irgend etwas Höfliches in sich nicht zu Worte kommen lassen. Er wußte, daß Hiller, der noch immer so lang aufgeschossen wie einst war, bei einer Strafkammer arbeitete, und so drehte sich das Gespräch vorerst um juristische Dinge. Dann beschwerte er sich darüber, daß man ihn damals im Spatenbau so unfreundlich geschnitten habe.

Hiller erwiderte, daß er nicht hätte stören wollen. Die Miene, die er aber dabei zeigte, geseit Trolle nicht.

Plötzlich sagte Kramer ganz unvermittelt: „Wenn Sie etwas früher gekommen wären, so hätten Sie Ihren Freund Eder noch getroffen.“

Trolle, der sich seine Laune nicht verderben wollte, hielt das für einen guten Scherz, und so wandte er lächelnd ein, daß er in dieser Beziehung vor Kramer jedenfalls nichts voraus habe.

„O bitte sehr, doch“, klang es zurück. „Sie haben doch beide Beziehungen zu Ihrem Schwiegervater.“

Er rauchte noch immer seine Zigarre aus einer großen Meerichampispe und trug das unvermeidliche Glas im Auge, was seinem bedeutend in die Breite gegangenen Gesicht etwas für jeden Philister Würdevolles gab. Sein früh getriebener Schädel zeigte vorn nach der Stirn zu spärliche, aber tadellos gezeichnete „Sardellen“, durch die wie ein schwacher Verluh der Anjaß zu einem Mittelscheitel ging. Ein kleines, zerzaustes Blondbüschchen erschien wie ein Ableger davon, nur dazu ge-

Zwecke. So wird man nichts bei den Großherzögen erreichen. Derartige „Mäpchen“ führen zu nichts. (Leb. Zustimmung rechts. Unruhe links.)

Vizepräsident Kämpf rügt den Ausdruck „Mäpchen“ und ruft den Redner zur Ordnung. (Beifall links, Lachen rechts.)

Abg. v. Treuenfels (fortfahrend): Der jetzige Interpellant Graf Bothmer hat sich auf dem mecklenburgischen Landtage seit langer Zeit nicht sehen lassen und auch heute ist er nicht zu hören. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Walsbahn (konf.) schließt sich der Meinung des Vorredners an.

Abg. Dr. Wiemer (Fr. V.) wendet sich scharf gegen die Angriffe des Abg. v. Treuenfels auf den Grafen Bothmer. Es sei besser, daß ein Abgeordneter im Hause überhaupt nicht spricht, als daß er durch persönliche Anzettelungen das Niveau des Hauses herabwürdigt. (Leb. Bravo! links.) Graf Bothmer nimmt die Ausübung seines Mandats ernstest als gewisse hohe Herren, die ihr die Kaiser- und Kaiserin jagd vorziehen. (Leb. Zustimmung links. Unruhe rechts.)

Abg. v. Treuenfels erklärt, daß er keine Belehrung von Seiten des Abg. Wiemer nötig habe.

Hiermit schließt die Beantwortung der Interpellation.

Präsident Graf Stolberg teilt den Eingang einer Interpellation Librecht und Gen. (Soz.) mit. Die Verlesung wird. Sie lautet: „Gedenkt der Reichstagskanzler angeht, der durch die Lebensmittelverknappung herbeigeführten Notlage weiter Vollstreckung eine Vorlage einzubringen, durch die die Getreidezölle zeitweilig aufgehoben werden (ärmende Heiterkeit rechts) und durch die die Einfuhrzölle aufgehoben werden?“

Der Präsident schlägt vor, die Interpellation auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu setzen. (Erneutes höfliches Lachen rechts.)

Die nächste Sitzung wird auf Mittwoch 2 Uhr angesetzt. (Erste Lesung der neuen Steuervorlagen.)

Schluß 6½ Uhr.

Verkehrsrichtlinien.

Zum Organisationsentwurf nahm am Donnerstag eine Delegierten-Versammlung der Hamburger Landesorganisation Stellung. Nach eingehendem Referat des Parteisekretärs S. Stubbe, welcher der vom Münchener Parteitag eingesetzten Revisionskommission angehört, und eingehender Aussprache wurden diese Änderungsanträge angenommen:

Zu § 4 (Antrag der Genossin Steinbach): „Organisationen, denen weibliche Mitglieder angehören, können (statt „müssen“) diesen eine Vertretung im Vorstande gewähren.“

Soweit dem Vorstande ein weibliches Mitglied angehört, hat dasselbe im Einverständnis mit dem Gesamtvorstand vornehmlich die Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu betreiben.“

Zu § 5 (Antrag der Parteileitung): „Den Passus betr. unentgeltlicher Lieferung der „Gleichheit“ zu streichen.“

Zu § 7 (Antrag Weinheber): „Die Wahl der Delegierten erfolgt nach der Maßgabe, daß in Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12 000 vier, bis 18 000 fünf und über 18 000 sechs Delegierte gewählt werden können (statt zu „wählen sind“).“

Warnung! Eine aus Schlesien gebürtige Hulda Hofmann verteilt mit großer Aufregung in den Gewerkschaftsversammlungen Broschüren, Freiheitsgedichte enthaltend, unter dem Vorwande, alles nur für die Arbeiterkraft zu tun. In Hamburg hat sie für die Monate Januar bis März 1908 Beiträge an die Partei bezahlt und benutzt das Mitgliedsbuch als Legitimation ihrer Parteizugehörigkeit. Die Vorhaltungen, warum nicht mehr Beiträge bezahlt sind, versucht sie damit zu widerlegen, daß sie immer auf Reisen sei. Der Aufforderung, zur Prüfung ihrer Legitimation im Bureau des Gewerkschaftsartikels vorzupersuchen, ist sie bis jetzt noch nicht nachgekommen. Die Partei- und Gewerkschaftsagenden seien deshalb hiermit vor der Person gewarnt.

Einen Zuwachs von 2550 Abonnenten hat unser Kölner Parteiorgan, die „Rheinische Zeitung“, trotz der außerordentlich schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse für das letzte Geschäftsjahr zu verzeichnen.

Vom Straßkonto der Presse. Genosse Rottschm von der Dortmund- und „Arbeiterzeitung“ wurde wegen Uebertretung des Preßgesetzes zu einer Geldstrafe von 60 Mk. verurteilt, weil er die Aufnahme einer Berichtigung der Zeche „Radbod“ abgelehnt hatte. Die Verurteilung erfolgte, obwohl die Berichtigung ganz offenbar gegen den Inhalt des § 11 des Preßgesetzes gröslich verstieß. Es wird erwartet, daß der hiesige Richter, der seine ideale Gesinnung nur geheuchelt hat, um schließlich als Schwiegerohn eines dunklen Ehrenmannes hängen zu bleiben. Und mich hast du am tiefsten damit getroffen. Du hattest bereits Beziehungen zu Dantelberg, als wir damals vor Jahren hier in der Kneipe saßen, als ich ihn mit Rosa und Edler zusammen vom Rennen kommen sah, als dein Bruder von dir Hilfe verlangte — und das alles hast du mir konsequent verschwiegen. Ist das Freundschaft? Niemals hätte ich dir eine derartige Verstellungskunst zugetraut.

„Ich gebe dir hiermit mein Ehrenwort, daß ich deiner noch würdig bin.“ unterbrach ihn Trolle einfach und reichte ihm die Hand. „Wie ich hier vor dir sitze, bin ich das Opfer meiner anständigen Gesinnung.“

Sie sahen allein am Tisch, und so begann Trolle sein Herz auszusprechen. Er verschwiegen nichts, fügte sogar ein Glied zum anderen an der Kette seines bisherigen Schicksals. Dem „non olet“, das ihm Hüller damals auf der Charlottenburger Chaussee als Ermunterung zu verstehen gegeben habe, sei er aber bis jetzt glückselig entgangen. Er glaube auch ferner vor diesem Vorwurf bewahrt zu bleiben und das Haupt frei emporheben zu können.

„Dann bitte ich für meine schlechte Meinung von dir um Verzeihung.“ lachte Hüller, der ihm mit wachsendem Erstaunen ruhig zugehört hatte. Nach waren sie wieder die alten geworden, die in Erinnerungen an ihre Studentenzeit schwelgten. Das konnte aber nicht verhindern, daß sie immer wieder auf Dantelberg zurückkamen.

Plötzlich unterbrach er sich und rief aus: „Nebrigens war es Edler, der die größten Bosheiten über die verbreitete ... Da ist er schon wieder.“

Der „Affessor“ hatte in diesem Augenblick das Lokal betreten, tauchte mit Rosa einen Blick aus und trat auf die beiden zu.

„Noch immer der Glanz in unserer Hütte?“ begann er, nachdem er einen Kopfnicker der Begrüßung gemacht hatte. „Das ist recht, Herr Doktor, daß Sie unseren Kreis wieder verschönern helfen.“ fuhr er fort, während er sich seiner Garbobe entledigte. „Hoffentlich haben wir nun recht oft das Vergnügen, vorausgesetzt, daß Ihre Frau Ihnen den nötigen Urlaub erteilt. Darf ich mich übrigens an passant nach dem Befinden der Verehrten erkundigen?“

Trolle stieg die Röte in die Wangen — jene brennende

müssen, ob die Berufungsinstanz das unhaltbare Urteil bestätigen wird.

Nach § 19 des Preßgesetzes tritt bei Zuwiderhandlungen gegen § 11 „die Verfolgung nur auf Antrag ein, und hat das Strafgericht zugleich die Aufnahme des eingeklagten Artikels in die nächstfolgende Nummer anzuordnen. Ist die unbedingte Verweigerung im guten Glauben geschehen, so ist unter Freisprechung von Strafe und Kosten lediglich die nachträgliche Aufnahme anzuordnen.“ Das Gericht muß demnach dem Redakteur den guten Glauben abgesprochen haben.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Sperre über das Eisen- und Stahlwerk Hösch in Dortmund. Vor etwa einem Monat wurde von sämtlichen beteiligten Organisationen, sowohl von den Zentralverbänden als auch von den Christlichen, den Hirsch-Dunderschen und der polnischen Berufsvereinigungen die Sperre über das Eisen- und Stahlwerk Hösch in Dortmund verhängt, weil auf diesem Werk die organisierten Arbeiter fortgesetzt ganz unglaublich geschädigt wurden. Die Sperre hat insofern besondere Bedeutung, als sie den ersten Versuch für den Dortmunder Bezirk bedeutet, eines der großen Werke der Schwerindustrie zu Zugeständnissen den Organisationen gegenüber zu zwingen. Am Sonnabend fanden nun morgens und abends zwei Versammlungen statt, in denen über den bisherigen Erfolg der Sperre Bericht erstattet wurde. Beide Versammlungen waren überfüllt. Den Berichten der Organisationsleiter ist in der Hauptsache zu entnehmen, daß die Sperre bisher eine durchaus befriedigende Wirkung gehabt hat. Das Eisen- und Stahlwerk Hösch, das mehrere tausend Arbeiter beschäftigt, wird durch die Sperre insofern schon recht empfindlich getroffen, als in einzelnen Betrieben ein sehr fühlbarer Arbeitermangel herrscht. Viele organisierte Arbeiter haben dem Werk den Rücken gekehrt und trotz fortgesetzter Streikbrechergeheule in den bürgerlichen Blättern hat das Werk nur ganz unzulänglichen Erfolg gefunden. Die einzelnen Betriebsleitungen, die sich früher gegenseitig an Rücksichtslosigkeit den Arbeitern gegenüber übertrafen, laufen heute diesen, wenn sie ihre Entlassung nehmen oder schon genommen haben, förmlich nach. Natürlich muß auch hier konstatiert werden, daß sich die Polizei einmal wieder völlig in den Dienst des Unternehmertums stellt. Die Sperreposten werden fortgesetzt von der Polizei besetzt. An Straßmandanten für Sperreposten fehlt es ebenfalls nicht; doch wird über diese noch das Gericht zu entscheiden haben. In den letzten Tagen wurde von einem Schuttmann sogar auf einen Sperreposten geschossen. Auch diese Anwesenheit wird das Gericht noch beschämen. Das Werk selbst macht naturgemäß in der wirtschäftlichen Presse die angestrengtesten Versuche, die Defensivität über die Bedeutung der Sperre zu täuschen. In den Versammlungen wurde aber von Arbeitern aus allen Betrieben bestätigt, daß sich heute schon ein so großer Mangel an Arbeitern fühlbar mache, daß einige Betriebsleiter ganz ratlos seien.

Der Erfolg der Sperre darf daher wohl mit Recht als durchaus befriedigend bezeichnet werden, umso mehr, als bei der ganzen Aktion vorwiegend mit vollständig indifferenten Elementen gerechnet werden muß. Nach dem bisherigen Verlauf der Anwesenheit ist man wohl berechtigt, anzunehmen, daß der Erfolg der Organisation ein ganz anderer werden wird, und daß das Eisen- und Stahlwerk Hösch gezwungen werden dürfte, mit den Organisationen zu unterhandeln.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist aber allein die Tatsache, daß die bisher vorwiegend indifferenten Arbeiter der Schwerindustrie dem Organisationsgedanken ganz erheblich näher gebracht sind und auch, wie die ganze Bewegung zeigt, Interesse für die gewerkschaftliche Organisation gewinnen.

Zum Auslande der städtischen Arbeiter in Kiel. Montagabend fanden drei Volksversammlungen statt, die von Gewerkschaftskartell einberufen waren und sich mit der durch die Gewerkschaftspolitik des Magistrats geschaffenen Lage beschäftigten. Die Versammlungen waren ein wichtiger Protest gegen die Scharfmacherpolitik des Magistrats und gegen die Uebergriffe der Polizei. Sämtliche Versammlungslokale waren schon nach acht Uhr abgesperrt, Hunderte konnten keinen Einlaß mehr finden und verharrten draußen auf der Straße. Es sind wohl 8000 Personen auf den Beinen gewesen. Die Versammlungen beschloßen eine Resolution, in der es u. a. heißt, daß die vom Magistrat der Stadt Kiel durch sein Verhalten gegenüber den Forderungen der städtischen Arbeiter geschaffene Lage zu einer schweren Gefahr für die öffentliche Gesundheit, die öffentliche Sicherheit und die Finanzen der Stadt geworden ist. Die Resolution, die durch das Gefühl einer unbestimmten Eifersticht entzündet wird. Er empfand den verletzten Spott, und wieder durchschloß ihn der Gedanke, Edler könnte sich im Geheimen gewisser Vorteile bei Einnahme rühmen wollen. Es kam ihm wie eine Beleidigung seiner Frau vor, daß dieser Mensch überhaupt ihrer Ernennung tat. Sie erschien ihm dadurch erniedrigt, wie bestraft von unreiner Hand. Es kochte in ihm, er empfand den Drang, blindlings keine Zurückhaltung aufzugeben. Aber mit männlichem Anstand bewarnt er sich.

„Ich muß lebhaft bedauern, Ihre Gesellschaft nicht teilen zu können.“ sagte er abweisend und klopfte nach der Kellnerin, „und zwar aus Gründen, deren Angabe Sie mir lieber sparen wollen.“

„Das klingt ja beinahe wie eine Provokation.“ gab Edler, bleich geworden, zurück.

„Der wie eine Isolierung von Ihnen.“ warf Trolle ein und erhob sich.

Edler hatte sich gesetzt und seinen Gleichmut wieder bekommen. „Auf unserer Seite hatte die Isolierung von Ihnen bereits längst stattgefunden.“ sagte er gelassen, während er ein Rindholz knallen ließ. „Ich muß jetzt ebenfalls bitten, mir die Angabe meiner Gründe dazu zu ersparen.“

„Wozu ich Ihnen auch dringend geraten haben möchte.“ gab Trolle zurück und berichtete endlich seine Rede. „Vielleicht halten Sie es für vorteilhafter, Ihren Verkehr fürberhin ganz auf Franklein Rosa zu beschränken.“ Das Wort „vorteilhafter“ war stark betont, so daß Edler keine Bedeutung verstehen konnte.

Edler bemühte sich, die Sache von der zynischen Seite aufzufassen. „Wir nehmen eben alle unsere Vorteile bei den Frauen wahr.“ erwiderte er. „Sie jedenfalls bei den Jüngern mit studentischer Ausdauer.“

In diesem Augenblick hatte Trolle die Empfindung, als müßte er die Hand ausstrecken, um ihn zu züchtigen. Aber das Gefühl der Verachtung lähmte ihm den Arm.

Gestatten Sie mir respektvoll die Bemerkung, daß ich Ihre Isolierung jetzt ebenfalls für angebracht halte.“ mischte sich Hüller hinein.

Maß und verlassen saß der „Affessor“ da. Er wollte noch etwas sagen, aber diese unerwartete Abfertigung von zweiter Seite hatte ihn stumm gemacht. Endlich erhob er sich und tat so, als wollte er auf beide zutreten. (Fortsetzung folgt.)

Resolution schiebt dem Magistrat die volle Verantwortung für die augenblickliche Lage zu, die sich zu einem Kommunal-Standard ersten Ranges ausgewachsen hat und erwartet von ihm, daß er schleunigst Schritte unternimmt, um diesen Stand zu der Welt zu schaffen. In der Resolution wird weiter ganz energig gegen das Vorgehen der königlichen Polizei, das zu einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit geworden ist, protestiert und erwartet, daß die Polizei zum Schutze und nicht zur Bedrohung und Mißhandlung friedlicher Einwohner tätig ist, und daß die für die Vorgänge verantwortlichen Beamten zur Rechenschaft gezogen werden. Den streikenden Gemeindegewerkschaften wird schließlich die Sympathie der Versammlungen ausgesprochen.

Die Polizei war vor allen Lokalen in Massen aufgetreten. Als die Besucher aus dem proletarischen Guttenbergviertel, das naturgemäß einen großen Prozentsatz der Versammlungsbesucher stellte, beim Nachhausewege in die Guttenbergstraße einbogen, fanden sie dort — in provokatorischer Weise — eine Schutzmannsgruppe von 20 Mann in Reih und Glied mit einem Kommissar an der Spitze aufgestellt, die noch nachts zwölf Uhr dort standen, als die Straße längst menschenleer war.

Am Exerzierplatze vor dem Versammlungslokale Kolosseum kam es wieder zu polizeilichen Eingriffen, lediglich weil einige junge Burken, die durch das Massenaufgebot der Polizei angelockt waren, piffen und etwas Alkotria trieben. In der Verlängerung der Guttenbergstraße, der Eichhofstraße, stand eine Abteilung des Infanterie-Bataillons marschbereit.

Ein Versuch, den Montag vormittag zwei Beamte des Gemeindegewerkschaftsverbandes machten, mit dem Magistrat zu verhandeln, mißglückte. Sie wurden nicht vorgelassen. Nur die sie begleitenden Stadtverordneten Ruhn und Rindfleisch ließen der Oberbürgermeister vor. Ihre Aufforderung, der skandalösen Lage in Kiel durch Verständigung mit den Streikenden ein Ende zu machen, lehnte der Oberbürgermeister schroff ab. Er hob alle Schuld den Streikenden in die Schuhe.

Täglich kommen jetzt Arbeitswillige an. Diese sind mit Revolvern und Gummischläuchen ausgerüstet. Die bürgerliche Presse fährt fort, Lügen über die Streikenden in die Welt zu setzen. Ferner wird gelogen, daß in den Arbeitervierteln die Frauen Ausschreitungen begehen und der Räub-Abbruch durch Arbeitswillige Wiberstand entgegenstehen. Bisher ist aber in Arbeitervierteln überhaupt noch keine Abfuhr der Räub erfolgt.

Schwarze Listen. Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller verleiht in den letzten Tagen abermals Rundschreiben. Sie enthalten Mitteilungen über mancherlei kleine Streiks in Oranienburg und über solche aus vielen anderen Orten. Etwas post festum kommt die Mitteilung vom Streik bei Borsig in Berlin. Weiter werden 63 Schiffsbauarbeiter in Alst und Bann erklärt, weil sie streiken.

Ein Schiedsspruch gegen den Terrorismus der Unternehmer. Das Einigungsamt des Gewerbegerichts München hat zu den Differenzen im Münchener Baugewerbe folgende bedeutungsvollen Schiedsspruch erlassen: Während der Dauer des Tarifvertrages ist die Neueinführung aller einseitigen Zwangsmaßnahmen unzulässig, also auch die Schaffung eines Arbeitsnachweises des Arbeitgeberverbandes, soweit dessen Benutzung für das Eingehen von Arbeitsverhältnissen obligatorisch gemacht wird, ebenso alle Sperren, die seitens der Arbeitgeberorganisation wegen dieses Arbeitsnachweises verhängt werden. Zweitens hat der Verband der Arbeitgeber für das Baugewerbe deshalb unverzüglich das Vermittlungsmonopol seines Arbeitsnachweises, der Zentralverband der Maurer, Deutschlands, Zweigverein München, die deswegen verhängte Sperre wieder aufzuheben.

Dieser Schiedsspruch ist eine moralische Verurteilung des terroristischen Vorgehens der Arbeitgeberorganisationen. Die beiden Organisationen haben sich auf Grund des Tarifvertrages dem Schiedsspruche zu unterwerfen.

Die Holzarbeiterausperrung in Würzburg dauert fort. Andere Meldungen sind, wie uns von beteiligter Seite telegraphiert wird, unwahr.

Tabakarbeiterkonferenz. In Dresden fand eine Konferenz der sächsischen Tabakarbeiter statt, an der 59 Delegierte aus 52 Zahlstellen teilnahmen. Der Verbandsvorsitzende, Genosse Reichmann, sprach über die Tarifverträge und Minimaltarife und legte einen Minimaltarif vor, der von der Versammlung akzeptiert wurde. Dieser Tarif soll in den Betrieben vorgelegt werden, in denen jetzt noch schlechtere Arbeitsbedingungen herrschen. Dabei führte er aus, daß es in Sachsen 512 Betriebe mit 13 082 Arbeitern gäbe; davon seien 9335 weibliche. Der Durchschnittsverdienst betrage pro Jahr 614 Mk. — Zum zweiten Punkte „Arbeitsnachweis“ referierte der Gauleiter des Tabakarbeiterverbandes in Sachsen, Wenzel. Es wurde beschlossen, einen Zentralarbeitsnachweis der Tabakarbeiter in Dresden zu errichten.

Großgewerkschaftsbewegung.

Die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ über die Groß-einkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine. Die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ widmet in ihrer Nummer 23 vom 5. Juni der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine eine Besprechung, in der sie deren geschäftliche Umsicht und Finanzgebarung wie folgt anerkennt:

„Aus dem Geschäftsberichte der G. E. G., die als riesige Wareneinkaufszentrale des deutschen Konsumvereinswesens zu betrachten ist, geht hervor, daß zwar die Wirtschaftskrise auch an ihr nicht spurlos vorbeigegangen ist, daß sie es aber vermocht hat, nicht nur Verluste abzuwehren, sondern sogar noch hinsichtlich des Umlages und des Reingewinns fortwährende Ergebnisse zu erzielen. Wiederum ein Zeichen der absoluten Wirtschaftskraft des organisierten Konsums. Der Warenumsatz erreichte die Höhe von 65 778 277 Mark, gegenüber dem die Umsätze der fünf Jahre vorher ein ganz anderes Bild zeigten. Und zwar 1904: 33 929 406 Mark, 1905: 38 601 199 Mark, 1906: 46 508 237 Mark, 1907: 59 866 220 Mark. Das bedeutet in fünf Jahren eine Verdoppelung. Gewiß eine Leistung, die von keinem anderen ähnlichen Wirtschaftsunternehmen übertroffen werden kann. Der Reingewinn für 1908 betrug nach reichlichen Abzügen 514 786 Mark gegen 504 910 Mark im Vorjahre. Evidenterweise wird er nur zum kleinsten Teil den 560 Gesellschaftern — fast nur Konsumvereinen — als Dividende ausgeschüttet, denn diese sollen nach dem Verteilungsvorschlag des Aufsichtsrats nur 2 bzw. 1 % (das heißt vom Tausend) erhalten, was den Betrag von 121 587 Mark ausmacht, während der ganze übrige Rest nach Abzug von 47 886 Mark Kapitalzinsen und 20 000 Mark für die Unterstützungskasse den Reserve- und Dispositionsfonds, den Produktions- und Amortisationsfonds im Gesamtbetrage von 355 313 Mark zugewiesen werden soll. Die finanzielle Geschäftsführung darf danach förmlich als eine außerordentlich vorzügliche bezeichnet werden, und auch die Einsicht der Gesellschaft ist anzuerkennen. Wenn einen Teil davon nur auch die Masse der Konsumvereinsmitglieder selbst besäßen, dann —“

Der Verfasser geht dann näher auf den Geschäftsbericht der Großeinkaufs-Gesellschaft ein und kommt dann zu folgendem Schlusse:

„Aus all diesen Tatsachen entrollt sich ein Bild tatkräftiger, initiative und wirtschaftlicher Geschäftskraft, das um so erfreulicher wirkt, als es sich aus Hunderttausenden von Teilge-

der Gesellschaft entrollt. Die Arbeiter. Erfolge nicht, die treten werden, wo Großeinkaufs-Gesellschaft wartet ist. Das an der Krise entziehen ein Wort über die beschworenen künstlichen Dinge auf unser Einfluß, jagt der Folgen der Finanzkrise einen neuen Aufschwung noch immer der Welt. Ihm eine rege Bautätigkeit, die stark gelenkten für eine lebhaftere unischer Gelegenheiten auf die Konjunktur der Arbeiter bringen in der genossenschaftlichen Früchte tragen muß. Wirtschaftswissenschaften erwah. Deutsche Konsumvereine. Solche Anerkennung deutschen Gewerkschaften. Sie sowohl wie die Gewerkschafts- und Bepredungen der kennen, daß man in beiderseitigkeit die Konjunktur weis.

Warum die Colmarer. Auf ihrer Colmarer Genossenschaft, das durch das dings nur mit Nummer 191 sagt das lautet:

Die Bemühungen Brotpreisaufschlag erachtet werden, die weigert haben, sich Ein ... Brotpreise der ... selben einba ... laßt, von einem Nachstehende Kol Verpflichtung unter

Ohne Zweifel stimmung in Colmar. schaftsbüro an, die preisauflage mitunamentlich bekannt. Geschäft in der P haben nun aus falls eines Brotpreterer Folge die überhindert. Uebrig Mitglieder zu einer geachtet. Den unterlag, ihre Waren zu beschrän

Industrie.

Ki. Ausloste. kstenfalls Fällen we Gesellschaften die, die von der Verein Kreis der Interessierten erzielten Vorteile nach längerer Wirt beteiligten Unterne solcher Berechnung methoden noch nach es, einmal Angabere nehmens über die nisse zu erhalten. Gesellschaften Drensfeldbahntrakt zusta beiden Gesellschaften worden war, die sie gefundenen General erklärte der Gener Monat, in dem die der beiden Betrieb machte, gegenüber d Gesellschaften unter und im Erdergebn von 12 000 Mk. organisatorische Ma bedeutendere Erpa Erbarntissen an G dafür in Frage to Jahres ein Erpa Jahres 1908 von co im Vergleich zum sparnis von 1¼ M sich handelt es sich der Fusion nicht Vereinnahmen ande ren wird die dabe höher anzuweisen der Vorteile ist, die würden die großen gewachsenen Gesellsch ergebnisse gelangen überteuert werden. triebe meist Preise weil die Besitzer de den Leuten, die die oder mit ihnen du

Aus.

Deutsches 15. Landtag ist heute Herbsttagung soll d Angelegenheiten br noch beschäftigten v nächst der Prot Schöwarz und Der Abg. Döhlissen tampe war der Bipe Meier-Jobit. Geiges über die I genommen. Diese Änderung hat den beamtet bei der A Militärämtern der heutigen Sigm

antwortung für die
immoral-Standard
von ihm, daß er
Standal aus der
ter ganz energiel
das zu einer Ge
t, protestiert und
zur Bezeichnung
ist, und daß die
zur Rechenschaft
arbeiten wird
ausgesprochen.
affen aufgeboten,
enbergviertel, das
Verarmungs-
enbergstraße ein
Weise — eine
Gied mit einem
nachts zwölf Uhr
r war.
lokale Kolosseum
iglich weil einige
der Polizei ange
en. In der Ver
straße, stand eine
reit.
Beamt des Ge
assirats zu ver
lassen. Nur die
Kindfleisch
berung, der stan
den Streifen
meister schroff ab
Schuhe.
iefe sind mit Me
Die bürgerliche
in die Welt zu
beiderwärtigen die
bel-Mehr durch
sicher ist aber in
der Kibel erfolgt.
Deutscher Metall
abermals Rund
mancherlei kleine
vielen anderen
lung vom Streife
Schiffbauarbeiter
nus der Unter
ichts Münch
erwerbe folgen
Während der
rung aller ein
ch die Schaffung
des, soweit dessen
hältnissen obli
seits der Ar
weiliges verhängt
neiteher für das
nütungsmonopol
der Maurer
wegen verhängte
Verurteilung des
misationen. Die
des Tarifvertrages
rg dauert fort.
igter Seite tele
fand eine Kon
der 59 Delegierte
dsvorfindende, Ge
ge und Minimal
von der Veramm
Betrieben vor
beitsbedingungen
512 Betriebe
weibliche. Der
4. Juni — Zum
M. — Zum
M. — Zum
Es wurde be
Tabakarbeiter in
gung.
über die Groß
Die „Deutsche
Nummer 23 vom
Konsumvereine
liche Umficht und
die als tiefste
vereinsweise aus
chaftsfrage auch
es aber vermocht
sogar noch hin
ortkritische Er
absoluten Wirt
Warenumsatz er
ber dem die Am
Bild zeigen. Und
199. März, 1906:
3 bedeutet in
fung, die von
hmen übertroffen
nach reichlichen
tast im Vorjahre.
eil den 560 Gesell
Dividende ausge
vorlag des Auf
Lauend) erhalten,
während der ganze
Kapitalzinsen und
Reise- und Dis
verden soll. Die
als als eine außer
liche Einsicht der
n Teil davon nur
selbst befähigen
Geschäftsbericht der
dann zu folgendem
Bild tatkräftig
t, das um so er
nben von Teilchen

der Gesellschaft entwickelt. Vor allem aus den Konsumenten-
massen der Arbeiter. Und dabei fehlen auch die wirtschaftlichen
Erfolge nicht, die dann erst einmal recht in die Erscheinung
treten werden, wenn eine gewisse innere Konsolidierung der
Großeinkaufs-Gesellschaft erfolgt ist, die immerhin noch zu er
warten ist. Daß auch sie sich nicht ganz dem Wirkungsbereich
der Krise entziehen kann, ist schon eingangs erwähnt; aber auch
ein Wort über die durch die Reichsfinanzreform herauf
bezwungene künstliche Krise zeigt, wie schädigend derartige
Dinge auf unser Wirtschaftsleben wirken. Einen lähmenden
Einfluß, sagt der Bericht, übt auch die Ungewißheit über die
Folgen der Finanzreform aus. Die einzige Voraussetzung für
einen neuen Aufschwung, der vom Frühjahr erwartet wird, bietet
noch immer der flüchtige Geldstand. Zunächst erwartet man von
ihm eine rege Bautätigkeit, die einer ganzen Reihe industrieller
Zweige Beschäftigung zu bieten vermag. Vielleicht regen auch
die stark gesunkenen Metallpreise die Kaufkraft an, dann wird
für eine lebhaftere Beschäftigung weiterer Arbeiterkreise sich
unwiderstehlich Gelegenheit finden lassen. So sieht man, wie auch hier
auf die Konjunktur geredet wird, die Welt in die Taschen der
Arbeiter bringen soll, das, geschickt, das heißt ökonomisch klug in
der genossenschaftlichen Organisation verwendet, von neuem
Früchte tragen muß für alle, die den tiefen Sinn des Genossen
schaftsweins erfaßt haben. Die Großeinkaufs-Gesellschaft
Deutscher Konsumvereine ist ein Ausdruck davon.

Solche Anerkennung in den Spalten des bedeutendsten
deutschen Genossenschaftsblattes verdient registriert zu werden.
Sie sowohl wie die erfreuliche Weise, die auch in der übrigen
Genossenschafts- und Arbeiterpresse häufigeren anerkennenden
Beispielen der Konsumgenossenschaftsbewegung lassen er
kennen, daß man in den leitenden Kreisen der organisierten Ar
beiterchaft die Konsumgenossenschaftsbewegung gebührend zu
schätzen weiß.

Warum die Colmarer Bädermeister den Brotpreis nicht er
höhen. Auf ihrem Ringtauschtag fanden Mitglieder der
Colmarer Genossenschaftsbäder ein beklagtes Schreiben, das
durch das Biegen auf der Straße etwas beschädigt, aller
dings nur mit Mühe und nur teilweise zu entziffern war.
Immerhin sagt das Schreiben dem Kundigen noch genug. Es
lautet:

„Mitteilung.
Die Bemühungen des Vorstandes, am 1. Juni d. J. einen
Brotpreisaufschlag eintreten zu lassen, müssen als gescheitert be
trachtet werden, da nachstehend verzeichnete Kollegen sich ge
weigert haben, sich für längere Zeit vertraglich zu verpflichten.
Ein ... Brotpreisaufschlag ist undurchführbar, wenn ein Teil
der ... Brotpreise halten kann, wie es ihm beliebt, während
die ... selben einhalten müssen. Aus diesen Gründen sehen wir
... laßt, von einem Aufschlag leider Abstand nehmen zu müssen.
Nachstehende Kollegen haben weder einen Vertrag noch eine
Verpflichtung unterzeichnet: (folgen die Namen).
Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.“

Ohne Zweifel stammt das Schreiben von der Bäderzwangs
innung in Colmar. Dieser Innung gehört auch die Genossen
schaftsbäder an, die sich von vornherein weigerte, den Brot
preisaufschlag mitzumachen. Von den in dem Innungs schreiben
namentlich benannten Bädermeistern haben vier ihre
Geschäfte in der Nähe der Genossenschaftsbäder. Diese Meister
haben nun aus Furcht vor der Genossenschaftsbäder sich eben
falls eines Brotpreisaufschlages enthalten und dadurch in we
terer Folge die übrigen Meister an der Preissteigerung ver
hindert. Abgesehen ist der Bericht der Innungsinnung, die
Mitglieder zu einer Bindung in den Preisen zu verpflichten, un
gesehen. Den Innungen ist durch das Gesetz ausdrücklich
unterlagt, ihre Mitglieder in der Festsetzung der Preise ihrer
Waren zu beschränken. M. Sch.

Industrie, Handel und Verkehr.

Ki. Unkostenersparnisse durch Fusionen. Nur in den
festesten Fällen werden bei Fusionen industrieller und anderer
Gesellschaften die zahlenmäßigen Angaben über die Vorteile,
die von der Vereinigung zu erwarten sind, über den engen
Kreis der Interessierten hinaus bekannt. Die durch Fusionen
erzielten Vorteile werden sich zahlenmäßig auch nur selten selbst
nach längerer Wirksamkeit der Fusion genau erfassen lassen,
die beteiligten Unternehmungen tragen dazu bei, die Möglichkeit
solcher Berechnungen durch die jetzt geübten Bilanzierungs
methoden noch nach Kräften zu erschweren. Umso wertvoller ist
es, einmal Angaben der Verwaltung eines fusionierten Unter
nehmens über die durch die Fusion erzielten Unkostenerspar
nisse zu erhalten. Im Januar kam durch die Fusion der Aktien
gesellschaften Drenstein & Koppel und Arthur Koppel der sogen.
Feldbahntrakt zustande, nachdem im Jahre 1905 zwischen diesen
beiden Gesellschaften eine lose Interessengemeinschaft gegründet
worden war, die sich wenig bewährt hatte. In der jetzt statt
gefundenen Generalversammlung der vereinigten Gesellschaften
erklärte der Generaldirektor Drenstein, daß in dem ersten
Monat, in dem die einheitliche Zusammenfassung und Leitung
der beiden Betriebe sich, wenn auch nur allmählich geltend
machte, gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres bei beiden
Gesellschaften unter Berücksichtigung der Unkostenverminderung
und im Endergebnis sich bereits ein statistischer Mehrertrag
von 12 000 Mk. zeigte. Nach seinen weiteren Angaben sind
organisatorische Maßnahmen in die Wege geleitet, die noch weit
bedeutendere Ersparnisse zur Folge haben werden. Von diesen
Ersparnissen an Gehältern, Löhnen usw. entfallen auf die
dafür in Frage kommenden letzten 8 Monate des laufenden
Jahres ein Ersparnis gegenüber dem gleichen Zeitraum des
Jahres 1908 von ca. 750 000 Mk., während für das Jahr 1910
im Vergleich zum Jahre 1908 durch diese Maßnahmen eine Er
sparnis von 1 1/2 Millionen Mark erzielt werden würde. Sicher
lich handelt es sich bei dieser enormen Unkostenersparnis in
folge der Fusion nicht um eine Ausnahmeerscheinung, bei den
Vereinigungen anderer industrieller Unternehmungen und Ban
ken wird die dabei erzielte Unkostenverminderung noch weit
höher ausfallen sein. Da die Unkostenverminderung nur einer
der Vorteile ist, die sich bei Fusionen in der Regel ergeben, so
würden die großen durch viele Fusionen zu Riesenbetrieben an
gewachsenen Gesellschaften zu noch weitestgehendsten Gewinn
ergebnissen gelangen, wenn die Fusionsobjekte nicht meist enorm
überteuert würden. Man bezahlt für die aufzunehmenden Be
triebe meist Preise, die ihren Wert häufig genna übersteigen,
weil die Besitzer der Fusionsobjekte entweder identisch sind mit
den Leuten, die die Fusion in der Muttergesellschaft beschließen,
oder mit ihnen durch mannigfache Interessen verbunden sind.

Aus der Nachbarschaft.

Detmold, 15. Juni. Lippischer Landtag. Der
Landtag ist heute schon wieder auseinandergegangen. Eine
Verabschiedung soll dann die Entscheidung über alle die wichtigen
Angelegenheiten bringen, die den Landtag beschäftigt haben oder
noch beschäftigen werden. In der heutigen Sitzung wurde zu
nächst der Protest gegen die Wahl des in den Kreisen
Schömar und Detlinghausen von der zweiten Klasse gewählten
Abg. Bölsch in verworfen. Gegner dieses Herrn im Wahl
kampfe war der bekannte frühere Reichstagsabgeordnete für
Lippe Meier-Jobst. Die Vorlage wegen einer Abänderung des
Gesetzes über die Besoldung der staatlichen Beamten wurde an
genommen. Diese von der Regierung vorgeschlagene Gesetzes
änderung hat den Zweck, die Zivilbeamten unter den Staats
beamten bei der Anrechnung der Dienstzeit nicht gegenüber den
Militärbeamten zu benachteiligen. Der wichtigste Beschluß in
der heutigen Sitzung war wohl der zu dem Vorschlag der Re

gierung über die Deckung des Defizits im Staatshaus
haltsetat. Der Finanzausschuß hat das Schreiben der Regie
rung (siehe den gestrigen Bericht) vorgelegt und ist zu dem
Entschlusse gekommen, dem Landtage nicht zu empfehlen, ein
weiteres Stimulium der Einkommensteuer zur Verfügung zu
stellen. Vielmehr soll die Beschlußfassung über die Deckung des
Defizits erst im Herbst erfolgen, wenn der Landtag die Finanz
frage im allgemeinen zu regeln hat. Die Regierung soll sich
bis dahin mit dem vorhandenen Ausgleichsfonds behelfen, der
gebildet worden ist für Fälle, die nicht vorauszuweisen wären,
und der jetzt etwa auf 250 000 Mark anslautet. Mit diesem
Beschlusse der Finanzkommission erklärte sich der Landtag ein
verstanden, ferner auch mit einem Antrage an die Regierung,
der diese ersucht, die Bestrebungen zur Errichtung einer elek
trischen Überlandzentrale für Lippe zu unterstützen
und so schnell wie möglich dem Landtage mitzuteilen, was bei
den Erhebungen und Feststellungen herausgekommen ist oder
herauskommen wird. Die lippische Regierung verhandelt näm
lich mit dem Siemens-Schuckertwerk wegen der Errichtung
eines staatlichen Elektrizitätswerks. Es ist aber auch möglich,
daß von einem selbständigen Werk abgesehen wird, wenn sich
nämlich herausstellt, daß ein Anschluß an eine Zentrale in der
Nachbarschaft möglich wäre unter Bedingungen, die es geraten
erscheinen lassen, das Lippe zu zugreifen und auf Selbständigkeit
verzichten. Ein Vertrag der Zentrale in Lippstadt ist in
Verhandlung mit dem Vorstände eines Geisteskranken, wonach aus
dem Vermögen des 49jährigen Kranken als einmalige Abfindung
für die Unterhaltung auf Lebenszeit 7000 Mk. gezahlt werden
sollen, wurde genehmigt, nicht aber die weitere Zustimmung, daß
der Landtag prinzipiell sein Einverständnis dazu erklären solle,
daß solche Verträge in Zukunft bloß der Zustimmung der Regie
rung bedürften. Eine längere Debatte rief der Antrag eines
Liberalen hervor, daß die Regierung dem Landtage bis zur
nächsten Tagung eine Zusammenstellung anarbeiten solle über
die Einnahmen und Ausgaben aller Gemeinden in
Lippe. Diese Zusammenstellung soll bei der nächsten vor
zunehmenden Regelung der Finanzen gute Dienste für die Frage
leisten, wie die neuen Lasten am besten verteilt werden. Die
Interpellation über die Vorkommnisse bei der Amtsspar
kasse in Schömar wurde von der Regierung nicht beant
wortet. Der Minister meinte, es sei die Sache noch nicht geklärt.
Aber er wollte wohl Zeit gewinnen, um sich die Antwort auf die
Frage recht zu überlegen. Die Interpellation lautet: „Mit der
Staatsregierung bekannt, daß durch die Vorkommnisse bei der
Amtssparkasse in Schömar insonderheit im Amt Schömar,
aber auch im ganzen Lande eine große Beunruhigung in Bezug
auf die Sicherheit der Kapitalien und die ordnungsmäßige Ver
waltung der Sparkassen eingetreten ist, und was gegen die
Staatsregierung zu tun, um das erschütterte Vertrauen zu
unseren Kreditinstituten, namentlich den kleineren Kommunal
spargassen, neu zu beleben resp. was kann noch geschehen, um
der Wiederholung solcher Fälle nach Möglichkeit vorzubeugen.“
Es handelt sich bekanntlich um den Standal in Schömar, wo
der konservative Kaufmann Brüggenmann so großartig betrogen
hat. Herauskommen wird bei der ganzen Geschichte natürlich
nichts, und wenn sich die Regierung im Herbst überhaupt noch
veranlaßt sehen wird, auf die Sache ausführlich zurückzukom
men, so kann sie damit rechnen, daß über einen Teil der jetzt
konstatirten „Erbitterung“ schon Gras gewachsen ist. — Der
Minister verlas die Landtag am Schluß der Sitzung bis
zum Herbst.

a. Detmold, 15. Juni. Bekanntlich ist gegen die Wahl des
Genossen Schmauch zum Landtage Protest erhoben worden.
Der Unterzeichner des Protestes ist der im Solde der „Lippischen
Landeszeitung“ stehende Redakteur Franz in Salzkufen, früher
Vorspruder in Bielefeld. In dem Proteste war behauptet,
daß allein in Lemgo 313 Personen gewählt hätten, die Nicht
Lippier seien. Mehrere Beamte der Stadt Lemgo haben nun in
den letzten Tagen die Listen geprüft und da hat sich heraus
gestellt, daß alle Wähler bis auf einen echte Lipper sind.
Man kann einen Protest wohl gelten lassen, wenn arge Verstöße
gegen die Wahlordnung vorgekommen sind, Behörden mitge
wirkt haben usw. Wenn es in Blomberg und Salzkufen gerade
geht, muß es Herr Franz aber auch weiter mit ansehen, daß
Schmauch den liberalen Herren im Landtage gelegentlich das
liberale Gewissen schärft und daß Schmauch das „Bügelchen
an der Wage“ im Landtage weiter bleibt. Wir bedauern Herrn
Franz und seine Hintermänner aufrichtig.

* Lübeck, 15. Juni. Eine liberale Versammlung
tagte am Sonnabend im Hotel „Drei Kronen“ hier. Kopich
referierte über die Finanzreform unter besonderer Berücksichti
gung der Tabaksteuervorlage. Da wir in liberalen Versamm
lungen doch nicht zu Worte kommen, blieben wir der Versamm
lung fern. Daß wir uns nun doch veranlaßt fühlen, auf die
Ausführungen des liberalen Rectors einzugehen, dieser Gedanke
kam uns bei dem Lesen des ziemlich ausführlichen Berichtes,
welchen ansehnend der liberale Verein dem hiesigen Kreisblatt
zugestellt hat. Nach demselben beirathet Kopich alle Steuerpläne,
zur Tabaksteuer äußerte er sich nach dem Warte in folgendem
Sinne: „Ungerührt findet er die Belastung des Tabaks
und erblickt hierin ebenfalls eine Gefahr für die ganze hiesige In
dustrie. Die Tabakarbitanten als auch ihre Arbeiter seien
trotz alledem noch so national gesinnt, daß sie eine Gewichtssteuer
noch gewöhnen wollen, falls der Reich nicht an ihnen vorüber
gehen sollte.“ Wir fragen nun Herrn Kopich: Wo sind die
Tabakarbeiter, welche der Regierung noch eine Gewichtssteuer
gewähren wollen und in welcher Höhe? Der glauben die
liberalen Herren, die Tabakarbeiter hätten sich ganz einfach den
Anträgen gewisser Fabrikanten anzuschließen? Augencheinlich
will man mit Aufstellung der Behauptung, daß auch die Tabak
arbeiter für eine Tabaksteuer sind, nur die betrügerische Politik
der liberalen Fabrikanten und Abgeordneten bemänteln. Haben
die Tabakarbeiter, insbesondere die des östlichen Westfalens,
nicht zu wiederholten Malen in unzähligen Versammlungen in
unvergleichlicher Weise gegen jede Mehrbelastung des Tabaks
protestiert? Beweist ferner die zahlreiche Besichtigung des Ber
liner Kongresses nicht zur Genüge, daß die Tabakarbeiter in
jeder Mehrbelastung ihren vollständigen Ruin sehen? An
gesehen dieser Tatsachen wagt man noch zu behaupten, die Tabak
arbeiter hätten nichts gegen eine Gewichtssteuer. Die ange
nommene Resolution wendet sich auch nur gegen die Vandalen
und gegen die Tabakversicker. Dennoch haben auch schon die
hiesigen Fabrikanten die Tabakbesteuerung bis zu einer ge
wissen Höhe akzeptiert. Um so mehr liegt es nun an den Tabak
arbeitern, alles daran zu setzen, daß auch der letzte Tabakarbeiter
über das Verhalten der bürgerlichen Parteien aufgeklärt wird,
benn nicht bei den letzteren sind dessen Freunde zu suchen. Nur
die Sozialdemokratie ist es, welche die Interessen der Tabak
arbeiter vertritt. Darum sollte auch kein Tabakarbeiter mehr
zögern, sich der gewerkschaftlichen und politischen Organisation
anzuschließen.

* Essen, 15. Juni. Die königliche Polizei im
Ruhgebiet wird zum 1. Juli eingerichtet. Drei Bezirke
erhalten königliche Polizei: 1. Die Stadt Essen, der Landkreis
Essen (mit Ausnahme von Kettwig und Umgebung) und Ober
hausen; 2. Die Städte Bochum und Herne und 3. Gelsenkirchen.
Zum Polizeipräsidenten in Essen ist der Landrat des Kreises
Rüthelm a. d. R., v. Bemberg-Flamersheim, berufen worden.
In Bochum und in Gelsenkirchen treten an die Spitze der
königlichen Polizeiverwaltung die Landräte der Kreise dieser
Bezirke unter Beibehaltung ihres bisherigen Amtes. Als die
Regierung sich zu dieser Lösung der Personalfrage entschlossen
hatte, erhoben die beiden Städte Bochum und Gelsenkirchen
mit Recht lebhaften Widerspruch gegen diese Personalunion
von Landrat und Polizeipräsident in großen Industriestädten
mit selbständiger kommunaler Verwaltung. Auch im Abge
ordnetenhaus machten sich große Bedenken geltend. Bis zum
Jahre 1911 soll diese Personalunion dauern. Man darf wohl
erwarten, daß bis dahin die Regierung auch eine Aufstellung
dieser Kreise zugeben wird, wie es ja auch bereits mit dem
Kreise Rüthelm geschieht. Die Einführung der königlichen

Polizei im Industriegebiet hat einer anderen Einrichtung ein
Ende gemacht, dem Institut der königlichen Bezirkspolizei
kommissare in den beiden westlichen Provinzen. Besonders die
Arbeiterbewegung und das Anwachsen des Potentums im nieder
rheinisch-westfälischen Industriegebiet führten vor etwa fünfzehn
Jahren zur Einführung einer politischen Polizei, die unmittel
bar dem Regierungspräsidenten unterstellt wurde. Es ist die
selbe Einrichtung, die schon länger im Osten besteht. Es wurden
sechs Stellen von Bezirkspolizeikommissaren geschaffen, im Re
gierungsbezirk Arnsberg in Dortmund, Bochum und Gelsen
kirchen, und im Regierungsbezirk Düsseldorf in Essen, Elberfeld
und Düsseldorf. Diese Beamten hatten die sozialistische Be
wegung, die Agitation und das Vereinsleben der Polen wie
überhaupt die Arbeiterbewegung zu überwachen und unmittelbar
dem Regierungspräsidenten zu berichten; den örtlichen In
stanzen, Landrat oder Oberbürgermeister, waren sie nicht unter
stellt. Mit dem 1. April d. J. sind diese sechs Stellen im
Industriegebiet aufgehoben worden; die Funktionen dieser Be
amten gehen an die neuen drei königlichen Polizeiverwaltungen
über. Sehr viel hat man von diesen politischen Kommissaren
allerdings nicht bemerkt, dafür wirkten sie desto eifriger im
stillen. Ein Teil dieser sechs Bezirkspolizeikommissare ist in
die neuen Polizeiverwaltungen hinübergenommen worden. Das
Essener Polizeikorps wird eine ansehnliche Stärke erhalten; es
wird nicht weniger als 29 uniformierte Wachtmeister und 520
uniformierte Schuttmänner zu Fuß, einen berittenen Wacht
meister und 15 berittene Schuttmänner zählen. Nach Bochum
und Gelsenkirchen kommen je 10 Polizeiwachtmeister, 174 Schutz
männer zu Fuß und 6 berittene Schuttmänner. Die Aufgaben
dieser drei Polizeiverwaltungen hat der Polizeipräsident zu
Düsseldorf unlängst in einer Verfügung an die in Frage kom
menden Ortsbehörden von Essen und Umgebung wie folgt zu
sammengestellt: „Der staatlichen Polizeiverwaltung sollen ins
besondere folgende Zweige der Sicherheitspolizei übertragen
werden: 1. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung,
Ruhe und Sicherheit auf den öffentlichen Straßen, Wegen und
Plätzen sowie an anderen öffentlichen Orten aller Art, einschl.
des Nachtdienstes, also auch der Überwachung der Polizei
stunden; 2. die Polizei in Bezug auf das Preß-, Vereins- und
Versammlungswesen; 3. die Fremdenpolizei sowie das polizei
liche Meldewesen über Zu- und Abzug von Personen; 4. die Kriminalpolizei; 5. die Sittenpolizei (auch Kost- und
Quartiergängerwesen, Konkubinate, dazugehörige nicht die Über
wachung der Haltefinder und Wohnungsinpektion); 6. die
Theaterzensur; 7. die ortspolizeilichen Befugnisse aus dem Ge
setz über die Anlage und Veränderung von Straßen und
Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften vom 2. Juli 1875;
8. die polizeilichen Funktionen, die ausübt werden auf Grund
einer Reihe von Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung; 9.
die Aufbeziehung und Beförderung von Sprengstoffen, Mine
ralsolen usw. (Kommunal bleiben die Feuerlöschpolizei und die
in engerem Zusammenhang mit der Wapolizei stehende Feuer
polizei.)“

Vermischtes.

München, 15. Juni. Ein Fahrraddieb stach einem ihn ver
folgenden Gendarmen ins Herz und entfloß. Bisher fehlt von
dem Täter jede Spur.

München, 15. Juni. Bei Durchhausen in Oberschwaben
wurde der 63jährige Viehhändler Hermann Gantner auf der
Landstraße ermordet und beraubt. Die Leiche wurde in einen
Straßengraben geworfen.

Wien, 15. Juni. Auf offener Straße wurde gestern die
sechsjährige Schülerin Rozor von einem unbekannten Täter in
die Hüfte gestochen. Das Messer glitt aber ab und das Mädchen
blieb unverletzt. Das Kleid weist einen Schnitt von 10 Zenti
meter Länge auf. Da das Mädchen die Beschädigung des Kleides
erst zu Hause bemerkte, fehlt der Polizei jede Spur von dem
unheimlichen Gesellen.

Literarisches.

Nr. 13 des „Süddeutschen Postillon“ (Verlag M. Ernst,
München) ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt heben wir
hervor: Der neue Vorstehende in der Finanzkommission (Bild),
Nicht immer dasselbe, manchmal umgekehrt (Bild), Der wunder
Punkt (Bild), Tantalos-Bälou (Bild), Gestörter Liebesdienst
(Bild), Zentrums-Verrat (Zeitgedicht), Was in der Welt vor
geht, Marienbad in Vorkost, Im Redefampf, Symne an das
Rindvieh, Eulenburgs „Baderische“, Juppelin in Berlin, Die
aristokratische Eisenbahn, Gottes Segen bei Leopold, Aus dem
Dreiklassenhaufe und verschiedene kleinere sehr interessante Bei
träge. Die Nummer kostet 10 Pfg. und ist überall erhältlich.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. F.
Hoch (Administration Berlin W., Potsdamerstraße 121h), die
bisher alle 14 Tage erschienen, haben jedoch das 12. Heft
ihres 15. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben
wir hervor: Wilhelm Schröder: Das Preussentum in der Par
tei. — Karl Leuthner: Politische und humanitäre Idee. —
Otto Lang: Die kleine Strafrechtsreform. — Eduard Bern
stein: Zur Reichsfinanzreform. — Wolfgang Heine:
Theodor Barths Vermächtnis. — Roman Streifow: Der russi
che Parlamentarismus und die Sozialdemokratie. — Emmy
v. Gaidy: Bortto d'Anzio. — Gewerkschaftsbewegung von S.
Stümmel. — Genossenschaftsbewegung von G. David. — Philo
sophie von Prof. F. Staudinger. — Naturwissenschaften von
Dr. B. Borchardt. — Psychologie von Dr. O. Rippmann. — Bil
dende Kunst von L. Stern. — Kolonisation von G. Hilbrandt.
— Der Preis des Heftes beträgt 50 Pfg. Pro Quartal (6 bis
7 Heft) 3 Mark. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, auf
jeder Postanstalt, bei allen Kolporturen, in den Kiosken sowie
direkt vom Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Pots
damerstraße 121h, Berlin W. 35. (Zusendung unter Kreuzband
oder in geschlossener Kiste.) Probehefte stehen auf Verlangen
jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Standesamts-Nachrichten.

Seepon. In der Zeit vom 1. bis 15. Juni 1909 wurden beim
hiesigen Standesamte angemeldet:

Geburten: Ebbene: Handarb. Simon State, Heepen 98;
Hausdiener Gustav Beder, Heepen 90; Fabrikarb. Paul Scholz,
Heepen 53; Pastor Karl Niebner, Heepen 180.
Töchter: Handarb. Wilhelm Wenzel, Heepen 67; Landwirt
Gustav Lepper, Eldentrup 17; Milchhändler Heinrich Welge,
Eldentrup 1.

Aufgebote: Fabrikarb. Gustav Wittenborn, Sieler 40,
und Fabrikarbeiterin Danna Buich, Heepen 81.
Eheschließung: Landwirt Carl Blahmann und Marie
Hamer, beide Heepen 88.

Sterbefälle: Ziegler Heinrich Sandorin, 19 J.,
Brönningshausen 21; Ehefrau Anna Maria Köpperpieper,
geb. Diekmannshemke, 62 J., Heepen 61; Arbeiter Walter
Hörmann, 34 J., Bielefeld Nordstraße 21; Fabrikarb. Walter
Werner, 18 J., Sieler 56; Ehefrau Pauline Staab, geb. Harber,
35 J., Lübraffen 1.

Briefkasten der Redaktion.

500, Kampstraße. Wenden Sie sich an Carl Glasofsch,
Berlin SO. 33, Oppelnerstraße 29, II.

Nur 10 Tage
vom 19. Juni bis 28. Juni

Fernruf
479

Wilhelm Hagenbecks

Grösste Raubtier-Dressur-Schau der Erde.

— Das grossartigste und sensationellste Unternehmen dieser Art! —
Fernruf 479. Konkurrenzlos auf der ganzen Erde! Fernruf 479.

Bielefeld, Kaiser-Wilhelms-Platz.

Bequeme Strassenbahn-Verbindung.

Eine Riesen-Prachtfassade mit märchenhafter Beleuchtung 35 Bogenlampen, 10.000 Glühlampen	300 Tiere	65 Wagen	2 Lokomobilen mit Dynamos
---	--------------	-------------	------------------------------

Sonnabend, 19. Juni, abends 8 1/4 Uhr:

Grosse Gala-Eröffnungs-Vorstellung

Die folgenden Tage jeden Abend 8 1/4 Uhr:

Grosse brillante Vorstellung

sowie jeden Mittwoch, Sonnabend und Sonntag

um 4 Uhr grosse Nachmittags-Vorstellung

mit genau demselben Programm wie die Abend-Vorstellung.

Nur in den Nachmittags-Vorstellungen für Militär vom Feld-
webel abwärts u. Kinder unter 12 Jahren auf allen Plätzen halbe Preise.

In jeder Vorstellung, auch nachmittags:

70 dressierte Eisbären

in wunderbarer Dressur auf einmal und allein vorgeführt von Herrn Direktor Willy Hagenbeck.

Zum Schluss: Der phänomenale Eisbären-Wasser-Rutsch
jeder Vorstellung: Die höchste Höhe des Zuschauer-Bettes ist ein eigenes dazu errichtetes Riesen-Wasser-Bassin.

The Romanow die beiden Phänomen	?? Java ??	Clown Polly der unverwundliche Komiker mit Clownesse ELEONORA
------------------------------------	------------	---

8 Löwen — 4 Tiger — 2 Tigerdoggen

Eine gemischte Gruppe in hochsensationaler Dressur, vorgeführt vom Dompteur Carl Feldmann.

Der Triumph moderner Dressur 2 Löwen (Prachtexemplare) 2 Tigerdoggen, 1 Shetlandpony in ganz orig. Dressur, vorgef. v. Herrn Dir. W. Hagenbeck	Indische Zwerg-Elefanten, Shetlandponys, Zebras vorgeführt vom Dompteur Adolph Busch.
---	---

10 Löwen 10

in einem vollständig neuen, noch nie gesehenen Genre dressiert u. vorgef. v. Dompt. August Mölker.

Preise der Plätze: Fremdenlogen 4 Mk., Logen 3 Mk., Sperrsitze 2 Mk.,
1. Platz 1.50 Mk., 2. Platz 1 Mk., Galerie (Stehpl.) 50 Pfg.

(Nummeriert sind nur Fremdenlogen, Logen und Sperrsitze).

Für Militär vom Feldwebel abwärts und Kinder unter 12 Jahren nur in den

Nachmittags-Vorstellungen auf allen Plätzen halbe Preise!

Billette haben nur Gültigkeit zu den Vorstellungen, zu welchen sie gelöst werden.

Billette im Vorverkauf zu den Abend-Vorstellungen

sind zu haben bei: M. Niemeyer, Jagdplatz, Rudolf Fiedler, Alter Markt.

Die Tageskasse auf dem Kaiser-Wilhelms-Platz ist geöffnet ab Sonnabend, den 19. Juni:

Wochentags von 10 bis 12 1/2 Uhr mittags und ab 3 Uhr nachmittags ununterbrochen.

Sonntags von 11 bis 12 1/2 Uhr mittags und ab 2 1/2 Uhr nachmittags ununterbrochen.

Die Besichtigung der Tierzelle, sowie Bewohnung der hochinteressanten Raubtier-Dressur-
Proben ist gegen ein Entree von 50 Pfg. für Erwachsene und 25 Pfg. für Militär
und Kinder gestattet.

Wochentags Besichtigung und Probe von 10 bis 12 1/2 Uhr mittags,

Sonn- und Feiertags nur Besichtigung, keine Probe, von 11 bis 12 1/2 Uhr mittags.

In den Tierzellen sind zu sehen: Eine ganze Herde Eisbären, Löwen, Tiger, Ele-

fantanten, darunter die 2 kleinsten Elefanten der Welt, Kragenbären, Dromedare,

Rebus, Zebras, Strauße usw. usw.

Eine 1/2 Stunde vor Eröffnung

Konzert der 30 Mann Hart. Haus-

kapelle unter Leit. d. Kapellmeist. Herrn Stanek.

Vorzügl. Restaurant

in den Räumen der Fassade.

Carl Hagenbeck, Gustav Hagenbeck, Willy Hagenbeck,

Direktoren.

Cyrill Hatlé,

Geschäftsführer.

Fernruf
479

Neu eingegangen:

2 Ladungen

3295

Steingut u. echtes Porzellan

Speiseteller 10, 8, 5

Reischüsseln mit Henkel 50 u. 25

Saucieren auf Teller 58 u. 38

Saucieren bunt 50 u. 35

Kaffeekumpen 15, 12, 10, 9

Einzelne Schüsseln in allen Preislagen.

Kaffeekannen echt Porzellan, mit Patentdeckel

95, 78, 38, 30, 25

Porzellan-Leuchter 35, 25, 18

Schwedenständer 35 u. 25

Menagen mit Einsatz 38 u. 25

Bratenplatten 68, 58, 38, 33, 25

Speiseteller echt Porzellan 28 u. 18

Dessertteller 18, 15, 12

Schüsseln echt Porzellan 35 u. 28

Kuchenteller durchbrochen 35 u. 25

Kuchenteller groß dekoriert 48 u. 38

Brotkörbe dekoriert 100, 75, 50

Dessertteller mit Goldrand 25

Essservice 22.00 bis 7.50

Kaffee-Service 1.85 bis 17.00

Wasch-Service 1.85 bis 27.00

Lernschmied
Niedernstrasse 34.

Rechnungs-Formulare

liefert in feinsten Ausführung und billigst
Buchdruckerei „Volkswacht“.

Kleine Anzeigen-Ges.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in

der fetten Überschrift 10 Pfg.

Worte mit mehr als 15 Buchstaben

werden doppelt gerechnet.

Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Fahrräder, 2727

nur bestes, hiesiges Fabrikat, sowie

ein Posten gebrauchte, auch sämtliche

Zubehörsgegenstände kaufen Sie am vortheil-

haftesten bei Hilbert & Bertram,

Sölenbekerstrasse 90.

Herde, 3300

Defen und Hausabhaltungsgegenstände

in großer Auswahl, auch bei Teil-

zahlungen, empfiehlt C. Bratmann,

Hohreithstraße 72, gegenüber der

Schule.

Fahrräder, 3267

ein Herren- und Damenrad, fast neu,

billig abgegeben. S. Gieseler,

Königsstr. 1, Schildesche.

Bekanntmachung.

Das modernste und feinste Geschäft

für getragene Sachen sowie Anzüge,

Hosen, Damenkleider, Uhren und

Reiten ist und bleibt nur bei Wilhelm

Meier, Rentestr. 19.

3294

3294

Wohnung 3285

von 3 Räumen, im Hause Siefer 355,

zum 1. Oktober zu vermieten. Carl

Wittenborn, Friedenstr. 8.

Kost 3253

und Logis für 3 junge Leute frei.

Wittelsdorfstr. 25, part. links.

Achtung!

Der erkannte Täter, welcher am Sonn-

tag abend, den 13. Juni, den Damen-

schrift vom Flurisch im Restaurant

zur Börse, Brackweide, entwendet hat,

wird vom Eigentümer streng er sucht,

denselben sofort an Ort und Stelle

anzukommen, andernfalls Anzeige

gemacht wird. 3291

In der Buchhandlung „Volkswacht“,

ist zu haben:

Jugendgeschichte

einer Arbeiterin.

Von ihr selbst erzählt, mit einem

Preis 1 Mk. Porto n. ausw. 10 Pfg.

Ang. Weber.

Preis 1 Mk. Porto n. ausw. 10 Pfg.

3297

3297

Orientis entlehnt
macht einen faszinie-
turen am Abend in
gespendeten elektrisch
Dieser angenehme
Innere des Riesen-
gerichteten Zirkus-
lichen Sitz- und Steh-
Besonders betone
lichkeit der Zuschauer
ist. — Die Manege
und in gleicher Weise
gen und Manege ge-
Gebotene anbelangt,
lichkeiten in keiner
Prädikat „Ausgezeich-
Dressur-Nummern
Genres — Spezial-
wird eine sehr ange-
und jeglicher Gedank-
verschönt. — Nun so-
der ganzen Welt so-
verschiedenen Numm-
phänomenalen Wasser-
Wasserbassin, versch-
bären, Elefanten,
Affen usw. usw. sowie
Mitin sollte nie-
Land verlassen, der
such zu machen, da si-
heit bieten wird, ein
Unternehmen bewund-
— Polizeibericht.
wurde einem Land-
Wohnung aufgestellte
Nacht zum 16. d. M.
eines Hauses der St.
Marie „Leutoburg“,
Heberberg, Freilauf-
aus schwarzem Glas
Monats von einem
dienliche Mitteilun-
find der hiesigen Stri-
gestohlenen Sachen
Gefunden: 1
Verloren: 1
stellungskatalog von
form, 3.30 Mk. in b
Perlonalien.
wählt wurden die S-
Bielefeld. Soz. V.
bei Kiderl,
Der Straßvoll-
katie.“ Refer
* Subbrat, 14.
am 1. Juni des Ab-
Sonntag waren zunä-
die Zahl der in einen
solche Höhe erreicht
zurückzuführen sein, al-
Stellungnahme gegen
Resultat beigetragen.
Kindermann, ei-
Verhandlungen des
des Bezirksvertreter,
des Bezirkssturmwart
„Frisch Auf“ ist, zu
Turnierfest zu tragen
glieberverfammlung h-
einen geeigneten Platz
arrangieren könne.
hage, berichtet nun
dieser Angelegenheit
geeigneter, inzwischen
Platz auf die Dauer
Entgegennahme mehr
zu dem am 18. Juli
besuchte Versammlung
* Stadthagen, 15.
An der gestrigen Si-
mit Ausnahme des B-
Bürgermeister oder
Die Beschlusssam-
nisanstalt vor de-
gestellt, weil nach M.
Staatsminister Zehr.
nach Stadthagen zu
schönungsverein vor-
tung der Bedürfnisan-
Die von dem Mag-
geforderten 600 Mk. u.
des Vorschlags ho-
teilte, darin seinen G-
Aufstellung des Vora-
Neupflasterungen mit
während es in W-
sein mühten, da bei d-
eigentlichen Neupflast-
hier das vorhandene
mühte. Außerdem n-
Quadratmeter zu pfl-
Quadratmeter. Die
anliegenden Straßen
oder hätte seinen M-
tungsberichten auf ihn
Magistrat etwas Un-
sei aber nicht de-
Versehen des Vor-
Steinbider bene-
nung gewesen sei, als
wollen. W. B. S. W.
kein Mensch gedacht
so müffe er seiner An-
Mechanismus in Bau-
Nebenfalls habe derjen-
habe, nicht die nöti-
vielleicht rasam, wenn
messungen, die jetzt
bestimmert. Wenn es
zählen, dann beantra-
einen hiesigen Handw-
Bürgermeister oder
gerade Fläche gemessen
besser geworden wäre
Aufmessung zugehen o-
Technikers anlange, f

Orientis entlehnter künstlerisch ausgeführten Miesengemälden macht einen faszinierenden Eindruck, zumal, wenn ihre Konturen am Abend in grellem durch tausende kleiner Glühlampen gespeicherten elektrischen Lichte erstahlen.

Dieser angenehme Eindruck setzt sich fort, wenn man das Innere des Riesenzells betritt und sich hier einem modern eingerichteten Zirkusraum gegenüber sieht mit bequemen überhöhten Sitz- und Stehplätzen.

Besonders betonen möchten wir, daß, wie für die Bequemlichkeit der Zuschauer, auch für ihre Sicherheit bestens vorgesorgt ist. — Die Manege ist von einem hohen Eisengitter umgeben und in gleicher Weise sind die Verbindungsgänge zwischen Käfigen und Manege gesichert. Was nun das von Mensch und Tier Gebotene anbelangt, so steht es hinter den geschilderten Außerlichkeiten in keiner Weise zurück und verdient durchaus das Prädikat „Ausgezeichnet“. Dadurch, daß die verschiedenen Dressur-Nummern durch mehrere Zirkus-Nummern anderen Genres — Spezialitäten und Clowns — unterbrochen werden, wird eine sehr angenehme Abwechslung im Programm geboten und jeglicher Gedanke, die Sache könne monoton werden, sofort verdrängt. Nun kommt eine lange Beschreibung des wohl in der ganzen Welt konkurrenzlos dastehenden Programms, der verschiedenen Nummern, wie 70 dreifache Eisbären mit ihrem phänomenalen Wofferruf aus höchster Höhe des Zeltes in ein Wasserbassin, verschiedene Gruppen Löwen, Tiger, Krakenbären, Elefanten, Zebros, Schellendponys, Tigerdogen, Affen usw. usw. sowie erstklassige Artisten, Clowns und Auguste.

Mithin sollte niemand, Groß wie Klein, aus Stadt oder Land verfehlen, der „Sagenhaft-Schau“ in Bielefeld einen Besuch zu machen, da sich wohl selten oder niemals mehr Gelegenheit bieten wird, ein derartig einzigartiges und großzügiges Unternehmen bewundern zu können.

— **Polizeibericht.** Diebstahl. Am Sonntag, 13. d. M., wurde einem Landwirt N., hier Wertheimer, ein vor seiner Wohnung aufgestellter Lehnstuhl mit Kissen gestohlen. — In der Nacht zum 16. d. M. ist dem Schlosser D. hier aus dem Keller eines Hauses der Koffer mit einem Fahrrad gestohlen worden. Morle, „Tautoburg“, Nr. 272 514, schwarzes Rahmenbau, hohe Ueberführung, Freilauf und gerillte Mäntel. — Ein Firmeninhaber aus schwarzem Glas mit Goldbuchstaben wurde Ende vorigen Monats von einem Haule in der Götterstraße entwendet. Sachdienliche Mitteilungen, welche zur Ermittlung der Täter dienen, sind der hiesigen Kriminalpolizei zu machen. Vor Ankauf der gestohlenen Sachen wird gewarnt.

Gefunden: 1 Herrenuhr, 1 silbernes Gliederarmband. Verloren: 1 goldenes Armband, 1 illustrierter Ausstellungskatalog von Salon-Paris, 1 Granatbroche in Sternform, 3,30 Mk. in bar in der Bahnhofstraße.

Personalien. Zu Polizeigeantanten am 1. 7. 09 gewählt wurden die Schupfleute Kramme und Peltzer hier.

Versammlungen.

Bielefeld. Soz. Verein, Bezirk 16. Morgen abends 8 1/2 Uhr bei Kider, Chlentruppweg: Vortragsabend. Thema: „Der Sozialismus und die Forderungen der Sozialdemokratie.“ Referent: Genosse Buje.

* **Subrat, 14. Juni.** In der Mitglieder-Versammlung des Arbeiter-Turnvereins „Frisch Auf“ am letzten Sonntag waren zunächst 23 Aufnahmegeruche zu erledigen. Daß die Zahl der in einem Monat neu eintretenden Mitglieder eine solche Höhe erreichte, dürfte auf die veranfaltete Agitation zurückzuführen sein, aber auch Herr Pastor Koch hat durch seine Stellungnahme gegen uns nach besten Kräften zu diesem guten Resultat beigetragen. — Der Bezirksvertreter, Turngenosse Kundermann, erstattete dann eingehend Bericht über die Verhandlungen des Kölner Bundesturntages. — Der Antrag des Bezirksvertreter, die Hälfte der Kosten für die Delegation des Bezirksturntags, der zugleich Turnwart des Vereins „Frisch Auf“ ist, zu dem vom 11. Kreise zu veranfaltenden Turnturnus zu tragen, wurde abgelehnt. — Die vorige Mitgliederversammlung hatte den Vorstand ermächtigt, eventuell einen geeigneten Platz zu pachten, damit der Verein auch Spiele arrangieren könne. Der Vorsitzende, Turngenosse Dredshage, berichtet nun über die mit verschiedenen Besitzern in dieser Angelegenheit gepflogenen Verhandlungen. Es ist ein geeigneter, inzwischen auch schon in Benutzung genommenen Platz auf der Dauer von 5 Jahren gepachtet worden. — Nach Entgegennahme mehrerer Berichte und Wahl eines Komitees zu dem am 18. Juli stattfindenden Stiftungsfest wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

* **Stadtsagen, 15. Juni.** Bürgervorsteherführung. An der gestrigen Sitzung nahmen sämtliche Bürgervorsteher, mit Ausnahme des B.-B. Schwoer, teil. Vom Magistrat war Bürgermeister Ocker anwesend.

Die Beschlußfassung wegen der Errichtung der Bedürfnisanstalt vor dem Oberthore wurde noch einmal zurückgestellt, weil nach Mitteilung des B.-B. Steinbicker, der Staatsminister Herr v. Heilmann die Absicht hat, selbst einmal nach Stadthagen zu kommen, um an Hand der vom Verschönerungsverein vorgelegten Pläne, die u. a. auch die Errichtung der Bedürfnisanstalt betreffen, seine Meinung zu äußern.

Die von dem Magistrat für Pflasterung der Engenstraße angeforderten 600 Mk. werden nachbeilligt. Die Ueberführung des Vorantrages hat, wie Bürgermeister Ocker mitteilte, darin seinen Grund, daß der Vorarbeiter Morwell bei Aufstellung des Vorantrages irrtümlicherweise den Satz für Neupflasterungen mit 90 Bq. pro Quadratmeter einstellte, während es in Wirklichkeit 1,15 Mk. pro Quadratmeter sein mußten, da bei der Pflasterung der Engenstraße von einer einheitlichen Neupflasterung nicht die Rede sein konnte, weil hier das vorhandene Pflaster erst noch aufgenommen werden mußte. Außerdem waren nach dem Voranschlag nur 840 Quadratmeter zu pflastern, tatsächlich waren es aber 969 Quadratmeter. Die Vorarbeiter hatten die Verbindungen der anliegenden Straßen nicht in Betracht gezogen. Bürgermeister Ocker fügte seinen Mitteilungen hinzu, daß es nach den Zeitungsberichten auf ihn den Eindruck gemacht habe, als wenn der Magistrat etwas Unrichtiges habe vertuschen wollen. Das sei aber nicht der Fall. Es habe ein einfaches Versehen des Vorarbeiters Morwell vorgelegen. B.-B. Steinbicker bemerkt, daß man im Kolleg nicht der Meinung gewesen sei, als wenn der Magistrat etwas habe vertuschen wollen. B.-B. S. B. O. ist der gleichen Ansicht. Wenn auch kein Mensch gedacht habe, daß etwas Unrichtiges geschehen sei, so mußte er seiner Ansicht doch dahin Ausdruck geben, daß der Mechanismus in Bausachen nicht ordentlich funktioniert habe. Jedenfalls habe derjenige, der die Sache zu bearbeiten gehabt habe, nicht die nötige Sorgfalt darauf verwendet. Es sei dies leicht ratbar, wenn man im Magistrat sich um etwaige Aufmessungen, die jetzt wohl häufiger gemacht würden, etwas mehr bekümmere. Wenn es nicht möglich sei, diese Kontrolle auszuüben, dann beantrage er, einen Techniker anzustellen oder einen hiesigen Handwerksmeister mit der Sache zu betrauen. Bürgermeister Ocker erwidert hierauf, daß Morwell nur die gerade Fläche gemessen habe. Er bezweifle aber, ob die Sache besser geworden wäre, wenn eine Magistratsperson bei der Aufmessung zugegen gewesen wäre. Was die Anstellung eines Technikers anlangt, könne er dem B.-B. S. B. O. Vosse nur be-

pflichten. B.-B. S. B. O. Vosse behält sich einen Antrag vor, jemanden zu verpflichten, die Bausachen genauer zu kontrollieren.

Nach dem Bericht der Rathausbaukommission soll das von dem Stadtdirektor Schade in Bielefeld ausgearbeitete Neubauplan des Rathauses, das einen Kostenaufwand von 40- bis 50 000 Mk. erfordert, nicht zur Ausführung gelangen, weil nach Ansicht der Kommission die Kosten zu hohe seien. Ein von dem Zimmermeister Lübe-Stadthagen ausgearbeitetes Projekt, das alle bestehenden Mängel beseitigen will, verursacht nur 21 000 Mk. Umbaukosten. Eine Zentralheizung sieht auch dieses Projekt vor. Außerdem wird der Rathausaal um etwa vier Meter vergrößert. Von der Errichtung eines eigenen Verwaltungsgebäudes rät die Kommission Abstand zu nehmen, da es nicht dem Empfinden der Stadthager Bevölkerung entspreche, wenn man die städtische Verwaltung aus dem altehrwürdigen Rathaus entferne. Der Bericht wird sodann dem Magistrat überwiesen.

Eine lange Debatte entspinnt sich wegen der Eingabe des Vätermeisters Lindenberg an der Bahnhofstraße, um lästliche Ueberlassung eines 189 Quadratmeter großen städtischen Grundstückes. Dieses in Frage kommende Grundstück hat Lindenberg schon lange Jahre als Eigentum betrachtet und behandelt, ohne daß von irgend einer Seite Einspruch dagegen erhoben worden wäre. Erst gelegentlich der Feststellung der städtischen Grundstücke kam das Eigentumsverhältnis zutage. Nach Ansicht des Magistrats ist der Preis von 1,50 pro Quadratmeter ein angemessener, da ein anderer das Grundstück nicht verwerten kann, weil Lindenberg das Wegerecht auf diesem Grundstück hat. Die B.-B. Brunnermann, Steinbicker, Bömers, Lorenz, Menching und Kreß halten den Preis von 1,50 Mk. pro Quadratmeter für zu niedrig, es wird daher der Magistratsantrag abgelehnt und ein Antrag des B.-B. Bömers, vier Mark pro Quadratmeter von Lindenberg zu fordern, angenommen.

Ein von der Sparkasse vom Magistrat aufgenommenes Darlehn in Höhe von 6000 Mk. muß binnen Jahresfrist zurückgezahlt werden. Magistrat hält es nun für zweckmäßig, daß die Rückzahlung erst um Weihnachten herum erfolgt, weil man um diese Zeit mehr Geld in der Kasse habe. (1) Kolleg war mit der geplanten Rückzahlung einverstanden. Der Verlegung eines 130 Meter langen Hauptrohrs der Wasserleitung in die verlängerte Windmühlensstraße, die etwa 720 Mk. Herstellungskosten verursacht, stimmt das Kolleg zu. — Der Wiederherstellung des alten Stadtturmes auf dem Viehmarktplatz, die der Verschönerungsverein auf eigene Kosten machen lassen will, stimmt das Kolleg einstimmig zu. Dieser alte Turm ist bekanntlich das letzte Ueberbleibsel aus Stadthagens historischer Vergangenheit. An diesen Turm knüpfen sich viele lokale Begebenheiten, wenn er auch nur als sogen. Wachturm in Frage kam.

Der Vorsitzende verliest außerhalb der Tagesordnung ein Schreiben des Amtsgerichtsrats Dr. Brunnermann, nach welchem von der verstorbenen Frau Sanitätsrat Schulze der Stadt 3000 Mk. für milde und gemeinnützige Zwecke vermacht worden sind. Von den Zinsen dieses Kapitals sollen bedürftige Kranke der Stadt im Krankenhaus versorgt werden. Das Kolleg nimmt das Schreiben zur Kenntnis. — B.-B. Walte bringt sodann Klagen der Bewohner des Bornhägerweges zur Sprache, nach welchen diese unter dem Geruch der Abdecker zu leiden haben. Bürgermeister Ocker hält diese Klagen für berechtigt. Es sei das ein unhaltbarer Zustand, der über kurz oder lang beseitigt werden müsse. Vielleicht gelinge es, bei der in Minnen zu errichtenden Viehstader-Bernichtung und Verwertungsanstalt Anschluß zu finden. Die nötigen Schritte seien schon eingeleitet.

* **Münster, 16. Juni.** Durch Einatmen giftiger Gase wurden drei Arbeiter der Eisenbahn-Gasauslast getötet.

* **Dortmund, 15. Juni.** Bürgerlicher Zeitungs-Jahresbericht. Vor etwa 8 Tagen ging durch die gesamte bürgerliche Presse eine Notiz, daß in Brambauer bei Dortmund 6 Vergleute während der Schicht ihren vorgelegten Steiger tödlich verletzt hätten. Die bürgerliche Presse entzückte sich sehr über diesen Vorgang. Nach dem jetzt angefertigten Ermittlungsbericht hat sich jedoch ergeben, daß der Steiger sich selbst durch Fall verletzt hat. Die verletzten Vergleute, die den Steiger keineswegs geschlagen haben, sind aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Geschiedliches.

Der Prozeß gegen Lemoine. Paris, 15. Juni. Die Verhandlung des Prozesses gegen Lemoine wurde heute fortgesetzt. Es erfolgte die Vernehmung mehrerer Sachkundiger, welche die Behauptungen Lemoines und beweisen, daß die Steine, welche in den Schmelztiegel Lemoines gefunden worden sind, natürliche Steine aus der Kapkolonie seien. Auch Professor Vordas widerlegte die Behauptungen Lemoines und erklärte, daß unter den Bedingungen, die Lemoine angegeben, es nicht möglich ist, Diamanten herzustellen. Hierauf erfolgte eine Unterbrechung der Sitzung.

Vermischtes.

Ein Luftschiffhafen. Halle, 15. Juni. Bevollmächtigte der Zeppelin-Luftschiffbau-Gesellschaft schlossen gestern einen Vertrag betreffend Anlage eines Luftschiffhafens am Mansfelder Wiesensee bei Cisleben.

Ein jugendlicher Mörder. Stettin, 15. Juni. Ein 16-jähriger Arbeiterbursche, Robert Baustke aus Trenten (Hinterpommern) wurde verhaftet, weil er einen Mordversuch an einem 12-jährigen Mädchen begangen hatte. Mit einem Stück Eisen und seinem Stiefelabsatz schlug er dem Kinde den Schädel ein, so daß das Opfer kaum mit dem Leben davon kommen wird.

Schwarze Fäden. Berlin, 15. Juni. Unter dem Verdacht der Erkrankung an schwarzen Fäden ist heute ein südamerikanischer, schon einige Jahre in der Bülowstraße wohnender Kaufmann in das Rudolf Virchow-Krankenhaus eingeliefert worden. Nach den bisherigen Ermittlungen handelt es sich anscheinend um einen leichten Fall von schwarzen Fäden. Der Entstehungsquelle wird nachgeforscht. Alle Vorsichtsmaßregeln sind getroffen worden.

Deutsche Reisende mißhandelt. Straßburg, 15. Juni. Wegen eines geringfügigen Polizeivergehens wurden auf der französischen Grenzsituation Batilly zwei deutsche Reisende angehalten, die einer Heftigkeit angeheben, im Arrestal von zwei französischen Gendarmen schwer mißhandelt und geprügelt.

Schwere Gewitter. München, 15. Juni. Schwere Gewitter mit Hagel haben in Niederbayern und in der Oberpfalz große Verheerungen angerichtet. Wiederholt hat der Blitz eingeschlagen, mehrere Wohnhäuser und Telefoniegebäude sind niedergebrannt. Viel Vieh ist umgekommen. Der Eisenbahnverkehr ist teilweise unterbrochen.

Theaterbrand. Troppau, 15. Juni. Das hiesige Stadttheater steht seit ein Uhr nachts in hellen Flammen. Soweit bisher ermittelt werden konnte, ist das Feuer auf der dritten Galerie des Theaters, das seit voriger Woche geschlossen ist, entstanden. Menschenleben sind nicht gefährdet. Feuerwehr und Garnison arbeiten ununterbrochen an der Unterdrückung des Brandes, dessen Ausbreitung um so mehr verhindert werden muß, als das Theater inmitten der Stadt auf dem Hauptplatz steht.

Ein Unteroffizier erschossen. Serajewo, 15. Juni. Der Korporalchef des 42. Infanterie-Regiments, Viktor Wagner, wurde

in seiner Garnison von einem Gefreiten wegen eines geringfügigen Wortwechsels mit dem Bajonett erschossen.

Von der Luftschiffahrt. London, 15. Juni. Der Flugtechniker Herbert Bathem, der in den letzten Wochen mehrere gute Versuche auf seinem Aeroplan gemacht hat, will Anfang August das Wagnis unternehmen, den Kanal auf seiner Maschine zu überfliegen.

Die Heimkehr der Dabakisten. Herzzerreißende Szenen, so berichtet das „Neue Wiener Tagblatt“ aus Konstantinopel, spielten sich vorigen Freitag im alten Palais zu Topkapu im Stambulviertel ab, wo alle die Dabakisten und Sklavinnen des entthronten Sultans Abdul Hamid nach der Trennung von seinem Harem untergebracht waren. Die Regierung hatte nämlich an allen Ecken und Enden des weiten Reiches, besonders da, wo Zirkassier leben, durch öffentliche Anstifter alle diejenigen, welche eine verhasste Verwandte zu beweinen hatten, aufgefordert, sich auf den Weg nach der Hauptstadt zu machen, um die Vermählte unter dem nach Hunderten zählenden weiblichen Nachlasse des Ex-Sultans zu rekonozieren und mit nach Hause zu nehmen. Es entsprachen denn auch dem Aufrufe eine große Anzahl solcher Leute, welche ihre längst verhassten Kinder im Sultansharem wußten oder vermuteten. Auf Anordnung der Behörde mußten nun die Dabakisten unerschleiert vor diesen Personen erscheinen, und die Szenen, die man da mit anschauen konnte, waren geradezu unbeschreiblich. Sobald die Fremden eine Tochter oder Schwester unter den Desolierenden erkannten, stürzten sie sich auf sie, umarmten und küßten sie unter strömenden Tränen. Schließlich verließen fast alle das alte Palais und den Boden Stambuls, um nunmehr die lang ersehnte Freiheit, allerdings unter viel arbeitsameren Verhältnissen, zu genießen.

Erdbeben.

Paris, 15. Juni. Der heutige Ministerrat beschloß eine genaue Untersuchung anstellen zu lassen, über den Umfang der Erdbebenschäden in Südfrankreich. Der Kabinettschef verlas bereits die ersten eingelaufenen Berichte. Der Ministerrat beschloß darauf, Anträge nach dem Erdbebengebiet abzusenden, um genaue Aufstellungen über den Umfang des angerichteten Schadens zu machen. Diese Aufstellungen sind ebenfalls beauftragt, alle Maßregeln zu treffen, um den Einwohnern Sicherheit zu gewähren. Der Kriegsminister teilte mit, daß er Baradennmaterial nach Ort und Stelle geschickt habe. Präsident Fallières hat 20 000 Franken für die diebegegriffenen gegeben.

Paris, 15. Juni. Wie aus Perpignan berichtet wird, ist die Witterung neuerdings sehr schwül. Ein heftiges Gewitter ist niedergegangen, und die Sternwarte kündigt an, daß die Erdbeben nachts wieder beginnen werden. Unter der Bevölkerung herrscht lebhafteste Beunruhigung.

Paris, 15. Juni. Eine Abteilung des 7. Genieregiments ist nach dem vom Erdbeben heimgesuchten Gebiet abgegangen und führt große Mengen Explosivstoffe mit sich, welche dazu bestimmt sind, die Ruinen der heimgesuchten Ortschaften zu sprengen.

Paris, 15. Juni. Wie aus verschiedenen Ortschaften der Bezirke Dragignan und Bauluc berichtet wird, sind neue Erdstöße in der letzten Nacht verspürt worden. Die Stöße haben jedoch keinen größeren Schaden angerichtet.

Tiffahon, 15. Juni. Gestern nachmittag um 5 Uhr wurde hier ein leichter Erdstoß verspürt, welcher ebenfalls in verschiedenen Ortschaften Nordspaniens verspürt worden ist.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 16. Juni. Im Laufe des gestrigen Tages waren fast alle Fraktionen des Reichstages zur Beratung über die Reichsfinanzreform zusammengetreten; nachmittags die freisinnige Fraktionsgemeinschaft und die beiden konservativen Parteien, abends die Wirtschaftliche Vereinigung, das Zentrum, die Polen und die Nationalliberalen. Die Nationalliberalen beschloßen die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf unerbte Ehegatten und Kinder im Sinne der Regierungsvorlage einstimmig anzunehmen. Es wird daher vom Abgeordneten Bassermann bei der ersten Lesung des Entwurfs folgende Erklärung abgegeben werden: „Auf Grund eines Fraktionsbeschlusses bin ich beauftragt zu erklären, daß bei der Abstimmung über die Erbschaftsteuer die nationalliberalen Stimmen geschlossen für eine Verringerung der an Erbschaften und Ehegatten in unerbte Ehe fallenden Erbschaften abgegeben werden.“

Berlin, 16. Juni. In Tempelhof brachen in letzter Zeit zahlreiche Brände aus, die auf Brandstiftung zurückgeführt wurden. Gestern sind von der Polizei zwei Knaben im Alter von 8 und 9 Jahren als Täter ermittelt worden. Sie hatten die Brände angelegt, weil sie Freude an den lodenden Flammen empfanden.

Berlin, 16. Juni. Der Grenadier Schütte von der 4. Kompanie des Königin-Augusta-Garde-Grenadier-Regiments hat sich gestern mit seinem Dienstgewehr durch einen Schuß in den Kopf schwer verletzt und wurde sterbend ins Garnisonlazarett gebracht. Nurzt vor einer zu erwartenden Bestrafung soll der Grund zu der Tat gewesen sein.

Magdeburg, 16. Juni. Die Ehefrau des Landwirts Schnellhand in Keiler sprang in einem Anfall von Geistesgekränktheit in die Lastrut. Ihr Mann sprang ihr nach, doch gelang es ihm nicht, sie zu retten. Beide ertranken.

Wilhelmshaven, 16. Juni. In Heppens versuchte der Arbeiter Janssen seiner Logiswirtin den Kopf abzuhängen. Der Täter ist flüchtig.

Rom, 16. Juni. Durch einen Wirbelsturm davongeführt wurde in dem Bergdorf Sera bei Regio in den Seccalen ein Einwohner, der sich vor die Tür seines Hauses begab, um den vom Sturm angerichteten Schaden zu übersehen. Bis her hat man von dem Unglücklichen keine Spur gefunden.

Konstantinopel, 16. Juni. In der Umgebung von Castur fand ein mörderischer Kampf zwischen einer griechischen Bande und türkischer Gendarmerie statt, wobei mehrere vollständig aufgegeben wurden, indem sie 31 Tote und 17 Verwundete zu beklagen hatten. Die Griechen zogen sich bei Anbruch der Dunkelheit zurück. Sie hatten, trotzdem der Kampf mehrere Stunden gedauert hatte, nicht einen einzigen Mann verloren.

Saloniki, 15. Juni. Dschawid-Pascha konnte in Schiffsjims erst nach wiederholten Angriffen eindringen. Es gab zahlreiche Tote auf beiden Seiten. Da die Erregung unter den Albanesen zunimmt, befürchtet man den Ausbruch eines allgemeinen albanesischen Aufstandes. Dschawid-Pascha verlangte bereits dringend die Entsendung von Hilfstruppen.

Petersburg, 16. Juni. Die Stadt hat sämtliche 4000 Straßenbahnen entlassen, weil sie sich den Bedingungen der Verwaltung nicht fügen wollten. Als freiwillige Führer der elektrischen Bahnen waren gestern Studenten des Elektrotechnikums und Privatingenieure tätig, doch kam es infolge unvorsichtigen Fahrens mehrfach zu Unfällen.

Petersburg, 16. Juni. Aus dem russischen Dorfe Mjinsk im Gouvernement Perm verschwanden in letzter Zeit wiederholt Menschen, ohne daß es gelang, etwas über ihren Verbleib zu ermitteln. Jetzt ist das Rätsel gelöst worden. Von der Polizei wurde ein geheimnisvoller Kirchhof entdeckt, der von den Anhängern der Sekte Kranjosefinski unterhalten wurde. Die Sektiere beteten Götzenbilder an. Bei der Leinung der Gräber fand man die Leichen der Verstorbenen, die Opfer des religiösen Fanatismus der Sektiere geworden sind.

Newyork, 15. Juni. Die Meuterei der eingeborenen Truppen auf den Philippinen verursacht große Verwirrung. Enge Kämpfe werden befürchtet. Die amerikanischen Truppen verfolgen die Insurgenten, die Waffen und Munition mitnahmen und einen erfolglosen, aber tapferen Angriff auf die Weissen machten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für den Inseratenteil: Wilhelm Böttcher, beide in Bielefeld.

Vor-Anzeige

für einen

Schürzen Verkauf.

Donnerstag

Freitag

Sonnabend

Ganze

Fabriklagerbestände in

Schürzen kauften wir bedeutend

unter Preis. Wir haben seit langer Zeit

derartige Schürzen zu den am Donnerstag in den

Tagesblättern erscheinenden Preisen nicht mehr verkauft.

Donnerstag

Freitag

Sonnabend

S. Alsberg & Co.

Dallie

Seifenpulver
das Allerbeste für Wäsche u. Hausputz

Sommertheater.

(Brinkhoffs Tonhalle.)

Heute 8 1/2 Uhr, zum 3. Male:

Liebesgewitter.

Donnerstag, 17. d. M., Auf. 8 1/2 Uhr:
Festvorstellung
zur Feier des hiesigen Geburtstages
von Paul Lindau.

„... so ich dir!“
Schauspiel in 4 Akten von P. Lindau.

Städt. Orchester.

Mittwoch (heute), 16. Juni.

abends 8 1/2 Uhr: [3298]

Großes Streich-Konzert

in Lüllmanns Garten.

Vorverkaufstarten haben hierzu Giltigkeit. An der Kasse 50 Pfennig.



Nähmaschinen u. Fahrräder

2166^{er} aller Systeme.

Unterricht in mod. Maschinenstickerei.

Kein Laden, nur Lager,

daher billigste Lieferung.

Teilzahlung gestattet.

Heinr. Tubbesing,

Bielefeld, Schlentropweg 11.

Hansa-Backpulver



ist das Beste!

Stahmer & Wilms

Hamburg

Für 50 Hansabons erh. Sie eine

Dose H. Kekes gr. u. fr. v. Vertr.

Fr. Werpel, Herford

Vorteilh. Bezugsquelle sämtl.

Musik-Instrumente

allen für

Vereine, Orchester, Schule u. Haus.

Eigene Reparaturwerkstatt.

Gratulationskarten

für alle Gelegenheiten

heiß größte Auswahl

Buchhandlung „Vollswacht“.

„Kosmos“-Schriften.

Dr. W. Ament:

Die Seele des Kindes.

Willy. Bölsche:

Die Abstammung des Menschen.

Im Steinkohlenwald.

Der Sieg des Lebens.

Der Stammbaum der Tiere.

Dr. Dekker:

Naturgeschichte des Kindes.

Dr. Kurt Floerke:

Die Vögel des deutschen Waldes.

Die Säugetiere des deutschen Waldes.

H. Franck:

Das Liebesleben der Pflanzen.

Das Sinnesleben der Pflanzen.

Streifzüge im Wassertropfen.

Dr. M. Wilh. Meyer:

Die Mästel der Erdpole.

Welterschöpfung.

Sonne und Sterne.

Kometen und Meteor.

Erdbeben und Vulkane.

Ägyptische Finsternis. 2 Bände.

Weltuntergang.

Professor H. Gajó:

Krieg und Frieden im Ameisenstaat.

Dr. C. Reichmann:

Vom Leben und vom Tode.

Die Vererbung als erhaltende Macht.

Fortpflanzung und Zeugung.

Dr. Ch. Zell:

Streifzüge durch die Tierwelt.

Straußenpolitik. Neue Tierfabeln.

Tierfabeln und andere Irrtümer in der

Tierkunde.

Preis pro Band M. 1.— (Porto nach auswärts 10 Pfg.)

Vorstehende sehr empfehlenswerte Schriften

sind zu beziehen durch die

Buchhandlung „Vollswacht“, Bielefeld.

Durch die Buchhandlung „Vollswacht“, Bielefeld,

ist zu beziehen:

Geschichte

der

Wiener Revolution.

Vollständig dargestellt von

• Maximilian Sady. •

Der Text ist mit zahlreichen Bildern und historischen Porträts

ausgeschmückt.

Vollständig in 30 Heften à 20 Pfennig.

Alle 14 Tage erscheint ein Heft.

Gewerkschaftskommission Schildesche.

Am Sonntag, den 20. Juni, veranstalten die Gewerkschaften von Schildesche einen

Ausflug

nach Vilsendorf, wozu sämtliche in der freien Arbeiterbewegung stehenden Vereine freundlichst eingeladen sind.

Abmarsch mit Musik präzise morgens 6 Uhr vom Marktplatz, Schildesche. An Ort und Stelle Gesangsvorträge, vollständige Spiele der Arbeiter-Turnvereine usw.

Zu zahlreicher Beteiligung der organisierten Arbeiterkraft ladet ein

Die Gewerkschaftskommission.

NB. Bei ungünstiger Witterung findet der Ausflug am Sonntag, den 27. d. Mts., statt.

Freie Turnerschaft

Brackwede

Abteilung „Frisch Auf“

feiert am

Sonntag, den 20. Juni,

im Lokale des Herrn C. Schröder,

Brackwede,

ihr

XI. Stiftungs-Fest

bestehend in

turnerischen Aufführungen und BALL.

Herrenkarten im Vorverkauf 40 Pfg. An der Kasse 50 Pfg.

Damenkarten „ 25 „ „ „ 30 „

Hierzu ladet freundlichst ein

Das Festkomitee.

Zigarren-Import- und Versand-Haus

Carl Schweppe.

Bahnhofstrasse 39

Hotel Vereinshaus

Bürgerweg 43

Ecke Gr. Kurfürstenstr.

Grosses Lager in

Havanna-Zigarren

sowie in durchaus erstklassigen deutschen Fabrikaten.

Ferner empfehle die so beliebten Spezialmarken der Zigaretten-

Fabrik „Jewel“, Dresden

„Kleine Sachsen“ per Stück 2 und 3 Pfg.,

garantiert Handarbeit.

„Bazara“ per Stück 3 1/2 — 10 Pfg.,

nach Cairo-Art. 3095

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Bahnhofstrasse 39

Hotel Vereinshaus

Fernspr.

469.

Bürgerweg 43

Ecke Gr. Kurfürstenstr.

Frauen! Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Interessen der „Vollswacht“.

Abonnementspreis

für Bielefeld und Umgegend

wie bei sämtlichen Agenturen

ins Haus gebracht 60 Pfg. m.

sch. Durch die Post be

1,80 M. vierteljährlich egt

Befehlsgeld.

Einzelnnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage

mit Ausnahme der Sonn-

feiertage täglich nachmitta

Fernsprech-Anschluß Nr. 3

Nr. 138.

Die heutige M

Die

Der Standpunkt, auf

des Metallarbeiterverband

derjenige, welchen schon

genommen und die „Voll-

lam er in dem Artikel zu

brud. Wir lassen daher

folgen und bemerken dal-

legung seiner streng sach-

Parteiblatt nicht erfolgt

1906 und hatte folgenden

Langsam ist die Span-

welche das Meiste der

es auf dem ersten inter-

tratie, 1889 in Paris, 1

find es schon über 16 J

stischen Zeitalters, in w

mit Elektrizität vor sich

nicht erst notwendig, un

Sozialdemokratie von der

wurde, als ganz veränd

die Einigung der Majör

schlossen wurde, eine Un-

zunahme des Proletariats

geführt, daß der Kampf zu

um die für den Vorma

Positionen geführt wird,

der Arbeitsruhe am 1.

bedeutung erhebt; ja es k

Zukunft wirklich immer

und Errungenschaften der

im 1. Mai unmöglich ma

Es ist gerade das sehr

vor 16 Jahren, galt es no

guten Genossen, daß Lan

Arbeiter unvereinbar mit

Das war ja damals auch

Bewegung durch das S

nicht existierte. Im Lau

Nacht der Gewerkschaft

verträge der Klassenkamp

Ende eines erfolgreichen

sein muß. Da nun ein b

stimmung über den 1. M

unmöglich macht, so erw

Larivertage, in welchen

macht ist, abzuschließen.

ständig geziehen, wenn

billigen könnten. Wir n

igen Falles zu erinnern,

Lage waren, sondern es k

von Unterhandlungen un

Wie nimmt sich da aber

aus, wo es sich um Nord

handelt. Die Verfürzung

täglich bedeutet die Verk

75 Stunden, während bei

Tag in Regell kommt. U

der Arbeitszeit auf 8 St

gen, für welche am 1. M

eine weitestliche Förderu

teilweise Verwirklichung

ten, einer an sich bedeut

Die Antwort auf diese

ist unseres Wissens noch

Larivertages an der B

geheitert. Und hiermit i

es handelt sich für das

Macht zu gewinnen, und

mehr bewußt geworden.

am 1. Mai ist nur eine

erwerben kann, aber n

flackernde, welche deshal

fanb, als das Proletariat

die aber auch nur die ger

Position aufs Spiel zu

würden, weil dem Einjah

winn gegenüberstünde. U

liche Betriebe am 1. Mai

wir dadurch unserem Endz

einen Schritt!